

34. Sitzung des Gemeinderates - öffentlich -

Sitzungstag:

Donnerstag, 13.10.2022

Sitzungsort:

Sitzungssaal Rathaus 1. OG

Namen der Mitglieder des Gemeinderates		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
Vorsitzender: Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier		
Niederschriftführer: Schriftführer Felix Kinzinger		
Gremiumsmitglieder: Manfred Axenbeck Saran Diané Dr. Günther Ernstberger Gisela Fischer Sabine Fister Udo Guist Lorenz Ilmberger Albert Kirnberger Claudia Leitner Johannes Mecke Gertrud Mörike Dr. Stephanie Moser Günter Peischl Manuel Prieler Marianne Rader Philipp Schwarz Heide Veit Thomas Weingärtner Veit Wiswesser Johann Zehetmair Stefan Zehetmair		

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Klara Mörike Jutta Schödl Simone Spratter	
---	--

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Entschuldigt fehlen heute die Gemeinderatsmitglieder Frau Schödl, Frau Spratter, Frau Mörike Klara.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratulierte der Vorsitzende dem Gemeinderatsmitglied Frau Fister nachträglich zum Geburtstag. Des Weiteren gratulierte der Zweite Bürgermeister Herr Prieler nachträglich Herrn Bürgermeister Kemmelmeier zu dessen Geburtstag.

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die heutige Gemeinderatssitzung als Hybridsitzung durchgeführt wird. Einige Gemeinderatsmitglieder sowie Vertreter der Verwaltung sind mittels Ton- und Bildübertragung der Sitzung zugeschaltet.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

319 22 **Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift**

Beschluss: 22 : 0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 15.09.2022, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

AZ 024
Hauptamt

320 22 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Folgender Beschluss des Gemeinderats aus der Sitzung vom 23.02.2022 kann in der heutigen Sitzung veröffentlicht werden, da die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind:

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Beschluss Nr. G266 vom 23.02.2022

Geschosswohnungsbau an der Münchner Straße 85 (ehemals Wehnerhof);
Ergebnis des Architektenwettbewerbs und weiteres Vorgehen"

Der Gemeinderat nimmt die Vorstellung der drei Planungsentwürfe zur Kenntnis und bestimmt das Architekturbüro:

- Goergens Miklantz Partner GmbB, Architekten und Stadtplaner, Prinzregentenpl. 17, 81675 München

für die Realisierung des Geschosswohnungsbaus an der Münchner Str. 85 (ehemals Wehnerhof) mit folgenden Hinweisen und Änderungen:

- Es ist ein Waschmaschinenanschluss in den Bädern einzuplanen.

Die BML BauService GmbH wird beauftragt, alle erforderlichen Maßnahmen zur kurzfristigen Realisierung des Geschosswohnungsbaus an der Münchner Straße 85 (ehemals Wehnerhof) in die Wege zu leiten.

Dem Gemeinderat ist eine Kostenberechnung vorzulegen.

AZ 024
Hauptamt

321

22

**Personalangelegenheiten; Weitergewährung und Erhöhung einer
Arbeitsmarktzulage für die Beschäftigten der Gemeinde Unterföhring**

Der Bürgermeister erinnert an die Beschlüsse des Gemeinderates Nr. 325 vom 21.01.2016 (Gewährung einer Arbeitsmarktzulage), Nr. G475 vom 13.10.2016 (Weitergewährung der Arbeitsmarktzulage bis 2018), Nr. 782 vom 11.10.2018 (Weitergewährung der Arbeitsmarktzulage bis 2020), Nr. 797 vom 08.11.2018 (Erhöhung der Arbeitsmarktzulage) und Nr. 92 vom 12.11.2020 (Weitergewährung der Arbeitsmarktzulage bis 2022). Zur Beschlussfassung einer möglichen Weitergewährung ist ein erneuter Erfahrungsbericht vorzulegen.

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Erfahrungsbericht:

Die Arbeitsmarktzulage wird aktuell (Stand: 01.10.2022) an insgesamt 132 Beschäftigte ausbezahlt, davon 47 Beschäftigte anteilig entsprechend ihrer Teilzeitbeschäftigung.

Damit erhalten alle Tarifbeschäftigten, die derzeit im Dienst (nicht dauerhaft krank, in Elternzeit oder Altersteilzeit) sowie nicht geringfügig beschäftigt sind, die Arbeitsmarktzulage ausbezahlt.

Verbeamtete Beschäftigte fallen aufgrund gesetzlicher Vorgaben nicht unter den Empfängerkreis.

Auch eine andere Form der Gewährung, wie die Leistungsprämie, ist faktisch nicht möglich. Die Gewährung von Leistungsprämien ist gemäß Art. 68 Abs. 1 BayBesG begrenzt auf maximal 1% der Grundgehaltssumme pro Kalenderjahr. Dieser Betrag in Höhe von derzeit ca. 2.800,00 € für alle Beamten/Beamtinnen der Gemeinde wird bereits durch die Gewährung der leistungsorientierten Bezahlung komplett ausgeschöpft.

In 2022 wurden bisher rund 244.000,00 € (Stand 31.08.2022) an Arbeitsmarktzulagen ausbezahlt, bis zum Jahresende würde sich beim jetzigen Personalstamm ein Betrag von rund 365.000,00 € ergeben. In den Jahren 2020 und 2021 wurden Arbeitsmarktzulagen in Höhe von rund 345.000,00 € (2020) und 358.000,00 € (2021) ausbezahlt.

Bei den zum Zeitpunkt der Einführung der Arbeitsmarktzulage bereits beschäftigten Mitarbeiter/innen wurde die Arbeitsmarktzulage im Einzelfall auf Antrag (Erhalt des qualifizierten Personals), bei den Neueinstellungen automatisch geprüft und im Einzelfall gewährt (Gewinn des qualifizierten Personals).

Das Gewährungsverfahren entspricht damit den formalen Empfehlungen des Kommunalen Arbeitgeberverbands e.V., die besagen, dass in jedem Fall eine Einzelfallprüfung stattzufinden hat, ob die Voraussetzungen für eine Gewährung der Arbeitsmarktzulage vorliegen. Zudem wird das Ergebnis hieraus mit einer Begründung schriftlich festgehalten.

Die Auswirkungen der allgemeinen Arbeitsmarktzulage bei der Gewinnung bzw. dem Erhalt von qualifiziertem Personal sind grundsätzlich positiv. Das bestehende Personal nimmt diese Zusatzleistung positiv an, bei der Gewinnung von neuem Personal ist es für die Bewerber/innen ein nicht unwichtiger Lohnbestandteil, der ebenfalls positiv gesehen wird.

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Verwaltung schlägt daher vor, die bisher bis 2022 befristete allgemeine Arbeitsmarktzulage auch für die Jahre 2023 und 2024 fort zu gewähren und dann erneut die Gewährung dieses arbeitsmarktpolitischen Instruments zu prüfen.

Die Verwaltung wurde zusätzlich beauftragt zu prüfen, ob eine Erhöhung der Arbeitsmarktzulage möglich ist, um auch in Zukunft ein attraktiver und konkurrenzfähiger Arbeitgeber zu bleiben.

Die Höchstbetragsgrenze liegt bei 20 % des Entgelts in Stufe 2 der individuellen Entgeltgruppe eines Beschäftigten.

In Unterföhring wird (bei Vorliegen der Voraussetzungen) eine allgemeine Arbeitsmarktzulage gewährt, die für alle Beschäftigten einheitlich derzeit bei 250,00 € monatlich (bei Vollzeit) liegt.

Zur Ermittlung des möglichen Höchstbetrags der einheitlichen allgemeinen Arbeitsmarktzulage ist folglich die derzeit kleinste vergütete Entgeltgruppe (EG 2) heranzuziehen. Das Entgelt der Entgeltgruppe 2 in Stufe 2 beträgt aktuell 2.439,13 € brutto; damit ergibt sich für einen einheitlichen Betrag eine Höchstgrenze (20% dieses Entgelts) von 487,83 €.

Die Verwaltung schlägt eine Erhöhung der einheitlichen Arbeitsmarktzulage von derzeit 250,00 € auf 300,00 € monatlich (bei Vollzeit) vor. Hierdurch würden ca. 75.000 € an zusätzliche Ausgaben anfallen (Gesamtansatz für die Arbeitsmarktzulage dann 450.000 € / Jahr).

Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat nimmt den Erfahrungsbericht der Verwaltung zur Kenntnis und stimmt einer Fortgewährung der allgemeinen Arbeitsmarktzulage in der bisherigen Form zu.

Die Arbeitsmarktzulage ist bei Vorliegen der Voraussetzungen auch in den Jahren 2023 und 2024 zu gewähren.

Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt, dass die einheitliche Arbeitsmarktzulage ab dem 01.01.2023 um 50,00 € auf 300,00 € monatlich (bei Vollzeit) erhöht wird.

Die entsprechenden Haushaltsmittel in Höhe von rund 450.000,00 € pro Haushaltsjahr werden entsprechend zur Verfügung gestellt.

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Im Jahr 2024 ist zur Entscheidung über eine etwaige Weitergewährung der allgemeinen Arbeitsmarktzulage ein erneuter Erfahrungsbericht vorzulegen.

AZ 0331
Personalamt

22 **Jahresrechnung 2021:**

AZ 9520
Finanzen

322 22 **Jahresrechnung 2021:**
Genehmigung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben im
Rechnungsjahr 2021

Der Bürgermeister stellt fest, dass den Gemeinderatsmitgliedern im Juli 2022 mit der Jahresrechnung 2021 die Aufstellung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Rechnungsjahr 2021 zugestellt wurde.

Die Zusammenstellung der im Laufe des Rechnungsjahres 2021 notwendig gewordenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben, Stand 12.07.2022, wird bekannt gegeben und dem Gremium zugestellt.

Beschluss: 22 : 0

Die im Laufe des Rechnungsjahres 2021 erfolgten und noch nicht vom Gemeinderat beschlossenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben werden genehmigt; deren Notwendigkeit wird anerkannt.

AZ 9520
Finanzen

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

323

22

Jahresrechnung 2021;
Feststellung der Jahresrechnung 2021

Der Erste Bürgermeister bringt den Beschluss vom 14.07.2022, Nr. 306, in Erinnerung, mit dem der Gemeinderat die Jahresrechnung 2021 zur Prüfung verwies.

Der Bürgermeister stellt außerdem fest, dass den Gemeinderatsmitgliedern im Juli 2022 die Jahresrechnung 2021 übergeben wurde.

Das Gemeinderatsmitglied Frau Sabine Fister gibt als Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses den Prüfungsbericht mit den Anregungen und Feststellungen in der Aktenvormerkung vom 27.09.2022 bekannt. Die darin enthaltenen Anregungen des Prüfungsausschusses wurden an die entsprechenden Fachbereiche der Verwaltung zur Beachtung und Erledigung weitergeleitet.

Die Jahresrechnung 2021 kann aufgrund des Ergebnisses der örtlichen Prüfung vom Gemeinderat festgestellt werden.

Der Soll-Abschluss für das Haushaltsjahr 2021 wird bekannt gegeben

Beschluss: 22 : 0

Der Rechnungsabschluss (Soll-Abschluss) wird vom Gemeinderat anerkannt und die Jahresrechnung 2021 gem. Art. 102 Abs. 3 GO mit folgenden Ergebnissen festgestellt:

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Ergebnisse der Haushaltsrechnung 2021

	Verwaltungs- haushalt	Vermögens- haushalt	Gesamt- haushalt
Soll-Einnahmen	137.010.910,73 €	162.343.289,68 €	299.354.200,41 €
+ Neue Haushaltseinnahmereste			
- Abgang alter Haushaltseinnahmereste			
- Abgang alter Kasseneinnahmereste	50.375,29 €	0,00 €	50.375,29 €
Bereinigte Soll-Einnahmen	136.960.535,44 €	162.343.289,68 €	299.303.825,12 €

Soll-Ausgaben	136.948.415,74 €	162.340.661,68 €	299.289.077,42 €
+ Haushaltsausgabereste			
- Abgang alter Haushaltsausgabereste			
- Abgang alter Kassenausgabereste	-12.119,70 €	-2.628,00 €	-14.747,70 €
Bereinigte Soll-Ausgaben	136.960.535,44 €	162.343.289,68 €	299.303.825,12 €

Unterschied (Fehlbetrag)	0,00 €	0,00 €	0,00 €
--------------------------	--------	--------	--------

Bestände:

Ist-Überschuß	(+)			
Ist-Fehlbetrag	(-)	4.698.804,19 €	580.648,71 €	5.279.452,90 €
Kasseneinnahmereste	(+)	4.677.150,81 €	565.924,97 €	5.243.075,78 €
Kassenausgabereste	(-)	-21.653,38 €	-14.723,74 €	-36.377,12 €
Haushaltseinnahmereste	(+)			
Haushaltsausgabereste	(-)			
Soll-Fehlbeträge aus Vorjahren	(+)			
Gesamtergebnis		0,00 €	0,00 €	0,00 €

In den Rechnungsergebnissen sind enthalten:	Haushaltsansatz	Ergebnis
Zuführung zum Vermögenshaushalt	24.919.100,00 €	57.124.943,51 €
Zuführung vom Vermögenshaushalt	0,00 €	0,00 €
Überschuss nach § 79 Abs. 3 Satz 2 KommHV		121.557.104,33 € 1)
Rücklagenzuführung insgesamt	0,00 €	121.557.104,33 € 2)
Rücklagenentnahmen insgesamt	36.415.100,00 €	70.628.997,09 € 3)

- 1) Überschuss des Vermögenshaushalts
2) (vgl. Endstand Sachkonto 9100.9100)
3) (vgl. Endstand Sachkonto 9100.3100)

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Stand des Vermögens nach § 76 Abs. 1 KommHV (Forderungen IST am 31.12.2021)	104.327.839,00
und der des Vermögens nach § 76 Abs. 2 KommHV (Wertstoffhof, Friedhof und Abwasserbeseitigung)	22.527.886,00
Die Schulden betrugen am 31.12.2021	0,00
und die Rücklagen nach dem Soll-Abschluss	214.907.493,88

AZ 9520
Finanzen

324 22 **Jahresrechnung 2021;**
Entlastung der Verwaltung gem. Art. 102 Abs. 3 GO

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Zweite Bürgermeister den Vorsitz, da der Erste Bürgermeister bei diesem Tagesordnungspunkt persönlich beteiligt ist. Er ist daher gemäß Art. 49 Abs. 1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) von der Beratung und Beschlussfassung auszuschließen.

Der Zweite Bürgermeister bringt den Beschluss vom 14.07.2022, Nr. 306 in Erinnerung, mit dem der Gemeinderat die Jahresrechnung 2021 zur Prüfung verwies.

Der Zweite Bürgermeister stellt fest, dass den Gemeinderatsmitgliedern im Juli 2022 die Jahresrechnung 2021 übergeben wurde.

Nachdem die Jahresrechnung 2021 aufgrund des Ergebnisses der örtlichen Prüfung vom Gemeinderat festgestellt wurde, erfolgt die Entlastung der Verwaltung gemäß Artikel 102 Abs. 3 Satz 1 GO.

Beschluss: 21 : 0

Die Entlastung der Verwaltung gem. Art. 102 Abs. 3 Satz 1 GO für 2021 wird erteilt.

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Erste Bürgermeister hat sich an dieser Abstimmung auf Grund persönlicher Beteiligung im Sinne des Art. 49 Abs. 1 GO nicht beteiligt.

AZ 9520
Finanzen

325 22 **Entlastung des Aufsichtsrates der GEOVOL Unterföhring GmbH für das Jahr 2021**

Der Erste Bürgermeister Herr Kemmelmeier (in seiner Funktion als Vorsitzender des Aufsichtsrates der GEOVOL Unterföhring GmbH) sowie die Gemeinderatsmitglieder Herr Ilmberger, Herr Kirnberger, Herr Mecke und Herr Prieler (als Mitglieder des Aufsichtsrates der GEOVOL Unterföhring GmbH) sind bei diesem Tagesordnungspunkt persönlich beteiligt. Sie sind gemäß Art. 49 Abs. 1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) von der Beratung und Beschlussfassung auszuschließen.

Den Vorsitz bei diesem Tagesordnungspunkt übernimmt Herr Manfred Axenbeck als dienstältestes Gemeinderatsmitglied.

Der Vorsitzende verweist auf die Beteiligungsberichte 2021, in denen die Beteiligungen der Gemeinde Unterföhring an der GEOVOL Unterföhring GmbH erläutert sind. Neben dem Ersten Bürgermeister als Vorsitzenden des Aufsichtsrates befinden sich vier weitere Gemeinderatsmitglieder sowie Herr Prof. Dr. Greulich im Aufsichtsrat der GmbH.

Der Vorsitzende verweist ebenfalls auf die Jahresabschlussunterlagen 2021, insbesondere die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung, die im Vorfeld zur heutigen Sitzung den Gemeinderatsmitgliedern zur Verfügung gestellt wurden.

Mit der Prüfung des Jahresabschlusses (Art. 107 GO), der entsprechend der für eine große Kapitalgesellschaft geltenden Vorschriften (Art. 94 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 GO i. V. m. § 267 Abs. 1 HGB) durchgeführt wurde, hat der Aufsichtsrat den Wirtschaftsprüfer Herrn Helmut Wiedemann beauftragt. Die erstellten Prüfberichte (inkl. Anlagen) sowie die abschließenden Prüftestate lagen während der Sitzung aus und sind für die Gremiumsmitglieder in der Finanzverwaltung nach Terminvereinbarung einsehbar. Die Prüfung ergab eine ordnungsgemäße Geschäftsführung, daher empfiehlt der Wirtschaftsprüfer die Entlastung des Geschäftsführers.

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

In der 120. Aufsichtsratssitzung am 25.07.2022 hat sich der Aufsichtsrat bereits mit dem Jahresabschluss 2021 befasst und gemäß § 10 Absatz 2 Nr. 4 des Gesellschaftervertrags für die GEOVOL Unterföhring GmbH den Jahresabschluss 2021 festgestellt und in der Folge gemäß § 10 Absatz 2 Nr. 1 des Gesellschaftervertrags die Geschäftsführung entlastet sowie entsprechende Beschlüsse über die Ergebnisverwendung gefasst.

Grundlage des Gesellschaftervertrags vom 24.07.2007 war die entsprechende Beschlussfassung im Gemeinderat vom 12.07.2007, mit der die entsprechenden Aufgaben an den Aufsichtsrat übertragen wurden.

Die Entlastung des Aufsichtsrats übernimmt gemäß § 12 Abs. 1 Nr. 6 des Gesellschaftervertrags die Gesellschafterversammlung. 100 prozentige Gesellschafterin ist die Gemeinde Unterföhring, und damit übernimmt der Erste Bürgermeister gemäß Art. 38 Abs. 1 GO die alleinige Gesellschaftervertretung. Der Erste Bürgermeister entlastet folglich gem. § 12 Absatz 1 Nr. 6 des Gesellschaftervertrags die Mitglieder des Aufsichtsrates.

Da der Erste Bürgermeister in Personalunion sowohl alleiniger Gesellschaftervertreter als auch Aufsichtsratsvorsitzender ist, kann die allgemeine Ermächtigung des Gesellschaftervertreters zur Entlastung des Aufsichtsrats nicht für den Aufsichtsratsvorsitzenden gelten. Die Entlastung des Ersten Bürgermeisters in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender obliegt daher dem Gemeinderat.

Beschluss: 17 : 0

Der Gemeinderat nimmt den Prüfbericht zur Jahresrechnung 2021, die Feststellung der Jahresrechnung 2021 sowie die Entlastung der Geschäftsführung durch den Aufsichtsrat zur Kenntnis und genehmigt diese hiermit.

Der Gemeinderat spricht zudem dem Ersten Bürgermeister in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzenden sowie dem Aufsichtsrat der GEOVOL Unterföhring GmbH für das Jahr 2021 die Entlastung aus.

Der Erste Bürgermeister sowie die Gemeinderatsmitglieder Herr Ilmberger, Herr Kirnberger, Herr Mecke und Herr Prieler haben sich gemäß Art. 49 Abs. 1 GO an der Beratung und Abstimmung nicht beteiligt.

AZ 9111
Finanzen

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

22 **Anträge der SPD-Fraktion/FDP**

AZ 0241
Hauptamt

326 22 **Anträge der SPD-Fraktion/FDP**
Antrag der SPD-Fraktion/FDP zur Erstellung eines Konzeptes zur
Umsetzung von Agri-Photovoltaik-Anlagen

Der Erste Bürgermeister gibt den Antrag der SPD-Fraktion/FDP auf die Erstellung eines Konzeptes zur Umsetzung von Agri-Photovoltaik-Anlagen vom 09.09.2022, eingegangen am 11.09.2022, mit folgendem Inhalt bekannt:

„Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Gemeindeverwaltung wird gebeten, gemeinsam mit der Geovol auf die Vertreter der örtlichen Landwirtschaft zuzugehen und das Konzept der Agri-PV-Anlagen auf gemeindlichen Landwirtschaftsflächen mit Ihnen zu diskutieren. Zusätzlich soll sich die Verwaltung dazu von geeigneten Stellen technisch beraten lassen. Ergebnis soll am Ende sein, auf einer geeigneten gemeindlichen Fläche eine solche Agri-PV-Anlage zu realisieren.

Begründung:

Wir wollen Flächen durch „Erneuerbare Energien“ nicht der Landwirtschaft entziehen, sondern nach Lösungen suchen, wie beides möglich wäre. Daher der Wunsch, dass sich die Gemeindeverwaltung gemeinsame mit der Geovol und den örtlichen Vertretern der Landwirtschaft, ggf. mit einer entsprechenden Beratung (bspw. Energieagentur Ebersberg-München), zusammensetzt und Flächen analysiert, die in Betracht kommen könnten. Wichtig wäre uns, dass eine solche Anlage gemeinsam mit der Geovol betrieben wird.“

Der Antrag der SPD-Fraktion/FDP vom 09.09.2022 wurde dem Gremium gestellt.

Beschluss: 18 : 4

Die Gemeindeverwaltung wird gebeten, gemeinsam mit der Geovol auf die Vertreter der örtlichen Landwirtschaft zuzugehen und das Konzept der Agri-PV-Anlagen auf gemeindlichen Landwirtschaftsflächen mit Ihnen zu diskutieren. Zusätzlich soll sich die Verwaltung dazu von geeigneten Stellen

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

technisch beraten lassen. Ergebnis soll am Ende sein, auf einer geeigneten gemeindlichen Fläche eine solche Agri-PV-Anlage zu realisieren.

AZ 861
Bauamt

- 327 22 **Anträge der SPD-Fraktion/FDP**
Antrag der SPD-Fraktion/FDP zur Erstellung eines Konzepts für
Energieeinsparung

Der Erste Bürgermeister gibt den Antrag der SPD-Fraktion/FDP auf die Erstellung eines Konzepts für Energieeinsparung vom 09.09.2022, eingegangen am 11.09.2022, bekannt

Die Antragsteller erklärten in der heutigen Sitzung, dass dieser Antrag als erledigt betrachtet wird und hiermit zurückgezogen wird.

AZ 8611
Bauamt

- 328 22 **Anträge der SPD-Fraktion/FDP**
Antrag der SPD-Fraktion/FDP zur Auflegung eines gemeindlichen
Förderprogramms für Mini-Photovoltaik-Anlagen

Der Erste Bürgermeister gibt den Antrag der SPD-Fraktion/FDP auf die Erstellung eines Konzepts zur Auflegung eines gemeindlichen Förderprogramms für Mini-Photovoltaik-Anlagen vom 09.09.2022, eingegangen am 11.09.2022, bekannt:

Die Antragsteller erklärten in der heutigen Sitzung, dass dieser Antrag als erledigt betrachtet wird und hiermit zurückgezogen wird.

AZ 6620
Bauamt

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

329

22

Anträge der SPD-Fraktion/FDP

Antrag der SPD-Fraktion/FDP zur Erstellung eines Konzeptes von Photovoltaik-Anlagen auf versiegelten gemeindlichen Flächen und Dachflächen

Der Erste Bürgermeister gibt den Antrag der SPD-Fraktion/FDP zur Erstellung eines Konzeptes von Photovoltaik-Anlagen auf versiegelten gemeindlichen Flächen und Dachflächen vom 09.09.2022, eingegangen am 11.09.2022, mit folgendem Inhalt bekannt:

„Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Gemeindeverwaltung wird beauftragt darzustellen, auf welchen gemeindlichen Dachflächen (inklusive der Dachflächen der Baugesellschaft München-Land) und versiegelten Flächen Photovoltaik-Anlagen möglich wären.

Zu diesen Darstellungen soll hierzu jeweils eine vorläufige, grobe Kosten-Nutzen-Schätzung vorgestellt werden. Dazu soll die Gemeindeverwaltung sich von geeigneten Stellen (bspw. der Energieagentur Ebersberg-München) beraten lassen und im weiteren Schritt ein Konzept erstellen. Dieses Konzept soll dem Gemeinderat zur Diskussion vorgelegt werden.

Begründung:

Wir sollten jedes Potenzial nutzen, um Strom aus „Erneuerbaren Energien“ zu erzeugen. Daher die Bitte, die bestehenden Potenziale auf gemeindlichen Dachflächen oder auch bereits versiegelten gemeindlichen Flächen, wie bspw. dem Dach des Parkhauses, des Bahnhofs, sonstiger gemeindeeigener Gebäude etc., aufzuzeigen.

Neben einer groben Kostenschätzung für die jeweiligen Maßnahmen, sollte auch die mögliche Stromerzeugung, ein Zeitplan für die Erstellung und die Möglichkeiten der Eigennutzung bzw. Einspeisung dargestellt werden.“

Der Antrag der SPD-Fraktion/FDP vom 09.09.2022 wurde dem Gremium zugestellt.

Beschluss: 22 : 0

Die Gemeindeverwaltung wird beauftragt darzustellen, auf welchen gemeindlichen Dachflächen (inklusive der Dachflächen der Baugesellschaft

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

München-Land) und versiegelten Flächen Photovoltaik-Anlagen möglich wären.

Zu diesen Darstellungen soll hierzu jeweils eine vorläufige, grobe Kosten-Nutzen-Schätzung vorgestellt werden. Dazu soll die Gemeindeverwaltung sich von geeigneten Stellen (bspw. der Energieagentur Ebersberg-München) beraten lassen und im weiteren Schritt ein Konzept erstellen. Dieses Konzept soll dem Gemeinderat zur Diskussion vorgelegt werden.

AZ 861
Bauamt

330

22

Anträge der SPD-Fraktion/FDP

Antrag der SPD-Fraktion/FDP zum Ausbau der Stromerzeugung durch Solarenergie in Unterföhring

Der Erste Bürgermeister gibt den Antrag der SPD-Fraktion/FDP auf die Erstellung eines Konzeptes zum Ausbau der Stromerzeugung durch Solarenergie in Unterföhring auf versiegelten gemeindlichen Flächen und Dachflächen vom 09.09.2022, eingegangen am 11.09.2022, mit folgendem Inhalt bekannt:

„Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Gemeindeverwaltung und ihre Mitarbeiterinnen im Sachgebiet Umwelt (Klimaschutz etc.) werden beauftragt, anhand des bestehenden Solarpotentialkatasters für Unterföhring herauszufinden, welche privaten Dachflächen für das Anbringen von Photovoltaik geeignet sind. Daraufhin sollen die Eigentümer gezielt angeschrieben und über die Vorteile und die Förderprogramme informiert und beraten werden. Ziel ist es, die Zahl der Photovoltaik-/Solaranlagen zur Stromerzeugung in Unterföhring deutlich zu erhöhen.

Begründung:

Laut Marktstammdatenregister sind in Unterföhring nur 130 Anlagen in Betrieb. Das ist nur ein Bruchteil der zur Verfügung stehenden Dächer. Nicht alle Dächer sind geeignet, aber das Solarpotenzial weist diese aus. Beispielsweise in der Siedlerstraße sind von 22 Einheiten (östlich des ersten Rondells) nur 4 Gebäude mit PV versehen. Ähnlich sieht es in der Aschheimer Straße aus. Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit ergeben sich angesichts der Sorge um die

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Energieversorgung im Allgemeinen und angesichts der konkreten Steigerung des Strombedarfs (E-Mobilität, Wärmepumpen uvm.) von selbst."

Der Antrag der SPD-Fraktion/FDP vom 09.09.2022 wurde dem Gremium zugestellt.

Beschluss: 22 : 0

Die Gemeindeverwaltung und ihre Mitarbeiterinnen im Sachgebiet Umwelt (Klimaschutz etc.) werden beauftragt, anhand des bestehenden Solarpotentialkatasters für Unterföhring herauszufinden, welche privaten Dachflächen für das Anbringen von Photovoltaik geeignet sind. Daraufhin sollen die Eigentümer gezielt angeschrieben und über die Vorteile und die Förderprogramme informiert und beraten werden.
Ziel ist es, die Zahl der Photovoltaik-/Solaranlagen zur Stromerzeugung in Unterföhring deutlich zu erhöhen.

AZ 8614
Bauamt

331

22

Anträge der SPD-Fraktion/FDP

Antrag der SPD-Fraktion/FDP zur Erstellung eines Konzeptes zum Anpachten von privaten Dachflächen zum Betrieb von PV-Anlagen der Geovol

Der Erste Bürgermeister gibt den Antrag der SPD-Fraktion/FDP auf die Erstellung eines Konzeptes zum Anpachten von privaten Dachflächen zum Betrieb von PV-Anlagen der Geovol auf versiegelten gemeindlichen Flächen und Dachflächen vom 09.09.2022, eingegangen am 11.09.2022, mit folgendem Inhalt bekannt:

„Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Geovol wird, gemeinsam mit der Gemeindeverwaltung, beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, wie über die Geovol fremde Dachflächen angepachtet werden können, um dort Geovol-PV-Anlagen zur Erzeugung von Strom zu errichten. Dieses Konzept ist gemeinsam mit einem groben Business-Case dem Gemeinderat vorzulegen.

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Begründung:

Ziel des Antrages ist es, die Geschäftstätigkeit der Geovol um den Betrieb von PV-Anlagen zu erweitern. Sollten sich Eigentümer von geeigneten Dachflächen nicht selbst für eine PV-Anlage entscheiden, könnte die Geovol an geeigneten Dachflächen eine solche realisieren.

Vorteil für die Bürgerinnen und Bürger: Sie müssen sich nicht um den Betrieb der PV-Anlage kümmern und erhalten trotzdem eine Pacht. Die Geovol kann eine solche PV-Anlage mit Einspeisevergütung realisieren."

Der Antrag der SPD-Fraktion/FDP vom 09.09.2022 wurde dem Gremium zugestellt.

Beschluss: 21 : 1

Die Geovol wird, gemeinsam mit der Gemeindeverwaltung, beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, wie über die Geovol fremde Dachflächen angepachtet werden können, um dort Geovol-PV-Anlagen zur Erzeugung von Strom zu errichten. Dieses Konzept ist gemeinsam mit einem groben Business-Case dem Gemeinderat vorzulegen.

AZ 861
Bauamt

332 22 **Maßnahmen zur Gewinnung von Fachkräften in der Kinderbetreuung: Weitergewährung einer Arbeitsmarktzulage**

Die Städte und Gemeinden im Landkreis München bieten für die Kinder und Eltern eine qualifizierte, flexible und verlässliche Kinderbetreuung an, die nach wie vor kontinuierlich weiter ausgebaut wird. Dabei steht die Gewinnung qualifizierten Personals auf dem Arbeitsmarkt im Focus und stellt gerade in der Region eine unverändert große Herausforderung dar.

Durch Ermächtigung des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Bayern vom 29.07.2014, wurde die Möglichkeit der Gewährung einer Arbeitsmarktzulage für das Personal in der Kinderbetreuung erstmals geschaffen. In der Folge hat die Landeshauptstadt München, seinerzeit mit Stadtratsbeschluss vom 22.10.2014, ihren Erzieherinnen und Erziehern eine Arbeitsmarktzulage gewährt. Zur Vermeidung eines unnötigen Wettbewerbs um die ohnehin knappen Ressourcen an Fachkräften in diesem Bereich, hatte der Bayerische

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Gemeindetag, Kreisverband Landkreis München, den Städten und Gemeinden im Landkreis München empfohlen, zur Sicherung der Betreuungsangebote und der Qualität in den Kindertagesstätten in Anlehnung an die Beschlusslage in München zu verfahren.

In seiner Sitzung am 13.11.2014 hat der Gemeinderat daher beschlossen, als Maßnahme zur Unterstützung zur Gewinnung von pädagogischen Fachkräften im Bereich der Kinderbetreuung, eine zeitlich befristete Arbeitsmarktzulage in stets widerruflicher Weise zu gewähren. Danach erhalten seit dem 01.01.2015 Erzieherinnen und Kinderpflegerinnen eine von der Gemeinde finanzierte Arbeitsmarktzulage in Höhe von 200 EUR monatlich (bei VZ, TZ anteilig). Diese ist bis 31.12.2022 befristet.

Die Zahlung der Arbeitsmarktzulage erfolgt in den Städten und Gemeinden im Landkreis München in gleicher Höhe (200 EUR mtl.).

Derzeit sind in den Unterförhinger Kindertagesstätten der AWO 146 (davon 52 in TZ) pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, denen die Arbeitsmarktzulage gewährt wird.

Der AWO Bezirksverband Oberbayern e.V. hat nun die Verlängerung der bislang gewährten Arbeitsmarktzulage über den 31.12.2022 hinaus beantragt.

Beschluss: 20 : 0

Aufgrund der weiterhin schwierigen Personalsituation im Bereich der Kinderbetreuung und in Anerkennung der geleisteten Arbeit, wird die Finanzierung der Arbeitsmarktzulage im bisherigen Umfang (200 EUR mtl.) und in stets widerruflicher Weise bis 31.12.2024 weiter gewährt.

Die Verwaltung wird beauftragt die entsprechenden Vereinbarungen mit der AWO Bezirksverband Oberbayern e.V. zu treffen.

Notwendige Haushaltsmittel, jährlich ca. 330.000 EUR, sind bereitzustellen.

AZ 03
Hauptamt

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

333 22 **Budgetvereinbarungen 2023 für die Kindertagesstätten als Ergänzung zum Trägerschaftsvertrag mit der Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Oberbayern e.V.**

Der Vorsitzende bringt den GR-Beschluss Nr. 787 vom 11.10.2018 in Erinnerung, in dem die jährlichen Budgetvereinbarungen der Kindertagesstätten als Ergänzung zum Trägerschaftsvertrag mit der Arbeiterwohlfahrt getroffen wurden.

Gemäß Nr. 5.8 der Trägerschaftsverträge werden die Art und der Umfang der zu erbringenden Leistung sowie die Finanzierung jährlich durch eine Budgetvereinbarung geschlossen. Die Vorlage der Haushaltsentwürfe 2023 erfolgte mit Schreiben der Arbeiterwohlfahrt vom 10.08.2022.

Die einzelnen Beträge und Aufwendungen verteilen sich je Einrichtung wie folgt:

Mittagsbetreuung Straßäckerallee 15

Ansatz AWO: 963.573,60 €

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld:	124.605,00 €
Staatl. Förderung:	-

124.605,00 €

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Komm. Förderung (BayKiBiG):	-	
Zuschuss päd. Mittagstisch	82.584,00 €	(HHSt 21111.6780)
Elternbeiträge:	0,00 €	
Defizitausgleich:	756.384,60 €	(HHSt 21111.6780)

838.968,60 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2023*:

21111.6780:	839.000,00 €
-------------	--------------

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Kindergarten Blumenstraße

Ansatz AWO: 1.172.427,30 €

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld: 74.800,00 €
 Elternbeiträge KiGa: 82.500,00 €
 Staatl. Förderung (BayKiBiG): 282.120,14 € *)

*) Weiterreichung durch die Gde. an Träger = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 46400.1710

439.420,14 €

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Komm. Förderung (BayKiBiG): 282.120,14 € (HHSt 46400.6780)
 Defizitausgleich: 450.887,02 € (HHSt 46400.6780)

733.007,16 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2023*:

46400.1710 282.100,00 € (Einnahme Durchlaufposten staatl. Förderung)
 46400.6780: 1.015.200,00 € (inkl. Ausgabe Durchlaufposten staatl. Förderung)

Kindergarten St.-Florian-Straße

Ansatz AWO: 1.374.706,91 €

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld: 42.636,00 €
 Elternbeiträge: 46.800,00 € *)
 Integrationsförderung: 161.972,40 €
 Staatl. Förderung (BayKiBiG): 359.495,20 € **)

*) Seit April 2019 werden 100 € pro Kindergartenkind vom Land bezahlt, dadurch entfällt diese Position für die Gemeinde für den Kindergartenbereich

**) Weiterreichung durch die Gde. an Träger: Einnahme -> Verbuchung als Durchlaufposten auf HHSt. 46410.1710, Ausgabe -> Verbuchung auf HHSt. 46410.6780 s.u.

610.903,60 €

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Komm. Förderung (BayKiBiG): 359.495,20 € (HHSt 46410.6780)
 Defizitausgleich: 404.308,10 € (HHSt 46410.6780)

763.803,31 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2023*:

46410.1710 359.400,00 € (Einnahme Durchlaufposten staatl. Förderung)
 46410.6780 1.123.300,00 € (inkl. Ausgabe Durchlaufposten staatl. Förderung)

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Kindergarten Schramelweg

Ansatz AWO: 596.350,15 €

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld: 37.400,00 €
Elternbeiträge KiGa: 42.540,00 €
Staatl. Förderung (BayKiBiG): 142.048,32 € *)

*) Weiterreichung durch die Gde. an Träger = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 46420.1710

221.988,32 €

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Komm. Förderung (BayKiBiG): 142.048,32 € (HHSt 46420.6780)
Defizitausgleich: 232.313,52 € (HHSt 46420.6780)

374.361,84 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2023*:

46420.1710: 142.000,00 € (Einnahme Durchlaufposten staatl. Förderung)
46420.6780: 516.500,00 € (inkl. Ausgabe Durchlaufposten staatl. Förderung)

Kinderhort Mitterfeldallee

Ansatz AWO: 1.272.188,23 €

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld: 96.250,00 €
Staatl. Förderung (BayKiBiG): 248.001,33 € *)

*) Weiterreichung durch die Gde. an Träger = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 46480.1710

344.251,33 €

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Komm. Förderung (BayKiBiG): 248.001,33 € (HHSt 46480.6780)
Elternbeiträge: 82.500,00 € (HHSt 46480.7180)
Defizitausgleich: 597.435,57 € (HHSt 46480.6780)

927.936,90 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2023*:

46431.7180: 82.500,00 €
46431.1710 248.000,00 € (Einnahme Durchlaufposten staatl. Förderung)
46431.6780: 1.093.500,00 € (inkl. Ausgabe Durchlaufposten staatl. Förderung)

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Kinderhaus Straßäckerallee 15

Ansatz AWO: 1.630.046,39 €

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld:	49.962,00 €
Elternbeiträge KiGa:	36.900,00 €
Pflegeersatzerlöse	100.336,20 €
Staatl. Förderung (BayKiBiG):	365.519,11 € *)

*) Weiterreichung durch die Gde. an Träger = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 46432.1710

552.717,31 €

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Komm. Förderung (BayKiBiG):	365.519,11 €	(HHSt 46432.6780)
Elternbeiträge KiKri	97.920,00 €	(HHSt 46432.7180)
Defizitausgleich:	613.889,97 €	(HHSt 46432.6780)

1.077.329,08 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2023*:

46432.7180	97.900,00 €	
46432.1710	365.500,00 €	(Einnahme Durchlaufposten staatl. Förderung)
46432.6780:	1.34.500,00 €	(inkl. Ausgabe Durchlaufposten staatl. Förderung)

Kinderhaus Straßäckerallee 11

Ansatz AWO: 2.768.791,25 €

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld:	155.408,00 €
Elternbeiträge KiGa:	87.600,00 €
Pflegeersatzerlöse	87.616,80 €
Staatl. Förderung (BayKiBiG):	709.691,17 € *)

*) Weiterreichung durch die Gde. an Träger = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 46450.1710

1.040.315,97 €

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Komm. Förderung (BayKiBiG):	709.691,17 €	(HHSt 46450.6780)
Elternbeiträge KiKri:	228.000,00 €	(HHSt 46450.7180)
Defizitausgleich:	790.784,11 €	(HHSt 46450.6780)

1.728.475,28 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2023*:

46450.7180:	228.000,00 €	
46450.1710:	709.600,00 €	(Einnahme Durchlaufposten staatl. Förderung)
46450.6780:	2.210.200,00 €	(inkl. Ausgabe Durchlaufposten staatl. Förderung)

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Kinderhaus Römerweg

Ansatz AWO: 1.165.646,30 €

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld: 54.472,00 €
 Elternbeiträge KiGa: 33.540,00 €
 Staatl. Förderung (BayKiBiG): 289.961,31 € *)

*) Weiterreichung durch die Gde. an Träger = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 46460.1710

377.973,31 €

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Komm. Förderung (BayKiBiG): 289.961,31 € (HHSt 46460.6780)
 Elternbeiträge KiKri: 131.520,00 € (HHSt 46460.7180)
 Defizitausgleich: 366.191,68 € (HHSt 46460.6780)

787.672,99 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2023*:

46460.7180: 131.500,00 €
 46460.1710 289.900,00 € (Einnahme Durchlaufposten staatl. Förderung)
 46460.6780: 946.200,00 € (inkl. Ausgabe Durchlaufposten staatl. Förderung)

Kinderhaus Straßäckerallee 13

Ansatz AWO: 1.183.839,75 €

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld: 49.500,00 €
 Elternbeiträge KiGa: 31.020,00 €
 Staatl. Förderung (BayKiBiG): 266.405,40 € *)

*) Weiterreichung durch die Gde. an Träger = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 46470.1710

346.925,40 €

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Komm. Förderung (BayKiBiG): 266.405,40 € (HHSt 46470.6780)
 Elternbeiträge KiKri: 119.040,00 € (HHSt 46470.7180)
 Defizitausgleich: 451.468,95 € (HHSt 46470.6780)

836.914,35 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2023*:

46470.7180: 119.000,00 €
 46470.1710 266.400,00 € (Einnahme Durchlaufposten staatl. Förderung)
 46470.6780: 984.300,00 € (inkl. Ausgabe Durchlaufposten staatl. Förderung)

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Kinderhort Münchner Straße

Ansatz AWO: 1.248.040,37 €

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld: 98.560,00 €

Staatl. Förderung (BayKiBiG): 270.455,59 €*)

*) Weiterreichung durch die Gde. an Träger = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 46480.1710

369.015,59 €

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Komm. Förderung (BayKiBiG): 270.455,59 € (HHSt 46480.6780)

Elternbeiträge: 86.640,00 € (HHSt 46480.7180)

Defizitausgleich: 521.929,19 € (HHSt 46480.6780)

879.024,78 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2023*:

46480.7180: 86.600,00 €

46480.1710 270.400,00 € (Einnahme Durchlaufposten staatl. Förderung)

46480.6780: 1.062.900,00 € (inkl. Ausgabe Durchlaufposten staatl. Förderung)

Gastkinder und Tagesmütter

Ansatz Gemeinde: 1.000.000,00 €

Einnahmen Gemeinde-Haushalt

Staatl. Förderung: 200.000,00 € *)

*) Weiterreichung durch die Gde. an Tagesmütter/externe KiTa's = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 46490.1710

200.000,00 €

Ausgaben Gemeinde-Haushalt

Komm. Förderung 200.000,00 € (HHSt 46490.6780)

Elternbeiträge 200.000,00 € (HHSt 46490.7180)

Tagesmütter 100.000,00 € (HHSt 46490.7120)

Defizitausgleich 300.000,00 € (HHSt 46490.6780)

800.000,00 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2023:

46490.7180: 200.000,00 €

46490.7120: 100.000,00 €

46490.1710: 200.000,00 € (Einnahme Durchlaufposten staatl. Förderung)

46490.6780: 500.000,00 € (inkl. Ausgabe Durchlaufposten staatl. Förderung)

*Die „Haushaltsansätze Gemeinde“ sind bei jeder Einrichtung auf volle Hundert auf- (Ausgaben) bzw. abgerundet (Einnahmen).

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat genehmigt das Budget 2023 für die Kindertagesstätten wie von der Arbeiterwohlfahrt am 10.08.2022 beantragt.

Die Einnahmen und Ausgaben sind in folgender Höhe mit der Budgetvereinbarung zu unterzeichnen und in den Haushalt 2023 zu übernehmen:

Einrichtung	Personal- und Sachausgaben .6780 2023 €	Elternbeiträge Ausgabe (Gebührenfreiheit) .7180 2023 €	zu erwartende Zuschüsse (BayKiBiG) Einnahme .1710 2023 €
21111. MiB Straßäckerallee 15	839.900,00	0	0
46400. Kindergarten Blumenstraße	1.015.200,00	0	282.100,00
46410. Kindergarten St.-Florian-Straße	1.123.300,00	0	359.400,00
46420. Kindergarten Schramelweg	516.500,00	0	142.000,00
46431. Kinderhort Mitterfeldallee	1.093.500,00	82.500,00	248.000,00
46432. Kinderhaus Straßäckerallee 15	1.345.000,00	97.900,00	365.500,00
46450. Kinderhaus Straßäckerallee 11	2.210.200,00	228.000,00	709.600,00
46460. Kinderhaus Römerweg	946.200,00	131.500,00	289.900,00
46470. Kinderhaus Straßäckerallee 13	984.300,00	119.000,00	266.400,00
46480. Kinderhort Münchner Straße	1.062.900,00	86.600,00	270.400,00
46490. Gastkinder und Tagesmütter	500.000,00	200.000,00	200.000,00
Summe	11.636.100,00	945.500,00	3.133.300,00

AZ 423
Finanzen

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

22 **Empfehlungsbeschlüsse aus dem Umwelt-, Digital- und
Energieausschuss**

AZ 0241
Hauptamt

334 22 **Empfehlungsbeschlüsse aus dem Umwelt-, Digital- und
Energieausschuss**
**Aktualisierung der Richtlinien des Energiesparförderprogramms
aufgrund gesetzlicher Änderungen**

Der Erste Bürgermeister erinnert an die Beschlüsse des Gemeinderates vom 09.02.1996, Nr. 1310 – 1324. Darin wurde dem Erlass eines Förderprogrammes für Energiesparmaßnahmen zugestimmt. Die Richtlinien für das Förderprogramm traten am 01.03.1996 in Kraft. Weiterhin bringt der Erste Vorsitzende den Beschluss des Gemeinderates vom 13.10.2016, Nr. 469, sowie den Empfehlungsbeschluss des Umwelt-, Digital- und Energieausschusses vom 02.03.2021 zur Aktualisierung der Energiesparförderprogramm-Richtlinie in Erinnerung.

Der Erste Bürgermeister weist auf den Empfehlungsbeschluss des Umwelt-, Digital- und Energieausschusses vom 29.09.2022 zur Aktualisierung der Energiesparförderprogramm-Richtlinie und den Antrag der SPD-Fraktion/FDP vom 09.09.2022, eingegangen am 09.09.2022, zur Auflegung eines gemeindlichen Förderprogramms für Mini-Photovoltaik-Anlagen hin.

Aufgrund der Änderungen der BAFA-Förderrichtlinien (Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle) zum 15.08.2022 sind die Richtlinien zum Energiesparförderprogramm der Gemeinde Unterföhring entsprechend anzupassen. Im Zuge der Überarbeitung hat die Verwaltung noch andere Punkte in den Energiesparförderprogramm-Richtlinien angepasst, welche in den Richtlinien (Stand 11.03.2021) nicht genauer definiert waren.

Aufgrund vorgenannter Änderungen wurde die Energieberatung der Stadtwerke München, Herr Schütt, gebeten, die Energiesparförderprogramm-Richtlinie (Stand 11.03.2021) auf den aktuellen technischen und rechtlichen Stand zu prüfen und zu aktualisieren.

Bis die aktualisierten Förderrichtlinien in Kraft treten, können keine Aussagen über die Förderhöhe von kombinierten Förderungen getroffen werden.

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Förderanträge zu den anderen förderfähigen Maßnahmen werden weiterhin nach den derzeit gültigen Förderrichtlinien mit Stand vom 11.03.2021 geprüft.

Die Unterlagen wurden dem Gremium zugestellt.

Die ausgearbeiteten Veränderungen der Verwaltung werden vorgestellt:

	Bisher	Neu
1.2	<p><u>Anwendungsbereich und Antragsberechtigte</u></p> <p>...</p> <p>Gefördert werden ausschließlich private Wohngebäude.</p> <p>...</p> <p>Maßnahmen, die bereits vor der Antragstellung in Auftrag gegeben oder begonnen wurden sowie Maßnahmen, die nicht den Förderrichtlinien oder den anerkannten Regeln der Technik entsprechen, werden nicht gefördert.</p>	<p><u>Anwendungsbereich und Antragsberechtigte</u></p> <p>...</p> <p>Gefördert werden ausschließlich private Wohngebäude – bis max. 25 % der Wohnfläche dürfen gewerblich genutzt werden (z.B. Büro). Dies ist in einer schriftlichen Stellungnahme und über Plankopien darzulegen.</p> <p>...</p> <p>Maßnahmen, die bereits vor der Antragstellung in Auftrag gegeben oder begonnen wurden sowie Maßnahmen, die nicht den Förderrichtlinien oder den anerkannten Regeln der Technik entsprechen, werden nicht gefördert.</p> <p>Die Maßnahmen dürfen erst nach erfolgter Antragstellung in Auftrag gegeben und begonnen werden. Ausschlaggebend ist der Eingangsstempel bei der Gemeindeverwaltung. Maßnahmen, die nicht den Förderrichtlinien und den anerkannten Regeln der Technik entsprechen, werden nicht gefördert.</p>
2.1.1	Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)	<p>Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)</p> <p><i>Der Punkt 2.1.1 wird gestrichen, da der Zuschuss nur bis zum 30.06.2021 bei der KfW beantragt werden konnte und seitdem das BAFA zuständig ist.</i></p>
2.1.2	<p>Gemeindeförderung: Zuschuss der BAFA + Zuschuss der Gemeinde Unterföhring: 50% auf die bewilligte Fördersumme der BAFA, max. 10.000€.</p>	<p>Gemeindeförderung: Zuschuss der des BAFA + Zuschuss der Gemeinde Unterföhring: 50% auf die bewilligte Fördersumme der des BAFA, max.</p>

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

	<p>10.000€.</p> <p>Wird bezuschusst wenn: -die Maßnahme durch die BAFA gefördert wird</p> <p>BAFA Förderung Gebäudehülle:</p> <p><u>Einzelmaßnahmen an der Gebäudehülle</u></p> <p>...</p> <p>Gefördert wird: Dämmung der Gebäudehülle</p> <p>...</p> <p>Investitionsvolumen und Höhe der Förderung: Das förderfähige Mindestinvestitionsvolumen liegt bei 2000 Euro (Brutto). Der Fördersatz beträgt 20 Prozent der förderfähigen Ausgaben.</p> <p><u>Anlagentechnik (außer Heizung)</u></p> <p>...</p> <p>Gefördert wird: Einbau, Austausch oder Optimierung raumluftechnischer Anlagen inklusive Wärme- / Kälterückgewinnung, Einbau von Mess-, Steuer- und Regelungstechnik zur Realisierung eines Gebäudeautomatisierungsgrades mindestens der Klasse B nach DIN V 18599-11, Kältetechnik zur Raumkühlung, Einbau energieeffizienter Beleuchtungssysteme</p> <p>...</p>	<p>Wird bezuschusst wenn: -die Maßnahme durch die das BAFA gefördert wird</p> <p>BAFA Förderung Gebäudehülle: Informationen zum Investitionsvolumen und zur Höhe der Förderung finden Sie auf der Website des BAFA. Die Gemeindeförderung ist an eine Förderung aus der Richtlinie für die Bundesförderung für effiziente Gebäude – Einzelmaßnahmen (BEG EM)“ gebunden. Es gelten die Förderbedingungen und Technischen Mindestanforderungen der BEG EM.</p> <p><u>Einzelmaßnahmen an der Gebäudehülle</u></p> <p>...</p> <p>Gefördert wird: z.B. Dämmung der Gebäudehülle</p> <p>...</p> <p>Investitionsvolumen und Höhe der Förderung: Das förderfähige Mindestinvestitionsvolumen liegt bei 2000 Euro (Brutto). Der Fördersatz beträgt 20 Prozent der förderfähigen Ausgaben.</p> <p><u>Anlagentechnik (außer Heizung)</u></p> <p>...</p> <p>Gefördert wird: z.B. Einbau, Austausch oder Optimierung raumluftechnischer Anlagen inklusive Wärme- / Kälterückgewinnung, Einbau von Mess-, Steuer- und Regelungstechnik zur Realisierung eines Gebäudeautomatisierungsgrades mindestens der Klasse B nach DIN V 18599-11, Kältetechnik zur Raumkühlung, Einbau energieeffizienter Beleuchtungssysteme</p> <p>...</p>
--	--	--

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

<p>Das förderfähige Mindestinvestitionsvolumen liegt bei 2.000 Euro (brutto). Der Fördersatz beträgt 20 Prozent der förderfähigen Ausgaben.</p> <p><u>Anlagen zur Wärmeerzeugung (Heizungstechnik)</u></p> <p>...</p> <p>Gefördert wird: Gas-Brennwertheizung (Renewable Ready), Gas-Hybridheizungen, Solarkollektoranlagen, Biomasseheizungen, Wärmepumpen, Innovative Heiztechnik auf Basis erneuerbaren Energien, Erneuerbare Energien-Hybridheizungen (EE-Hybride), Gebäudenetze und Anschluss an eine Gebäude- oder Wärmenetz, Maßnahmen zur Visualisierung des Ertrags Erneuerbarer Energien</p> <p><u>Heizungsoptimierung</u></p> <p>Gefördert werden sämtliche Maßnahmen zur Optimierung des Heizungsverteilsystems in Bestandsgebäuden, mit denen die Energieeffizienz des Systems erhöht wird.</p> <p>Gefördert wird: der hydraulische Abgleich der Heizungsanlage inklusive der Einstellung der Heizungskurve, der Austausch von Heizungspumpen sowie der Anpassung der Vorlauftemperatur und der Pumpenleistung, Maßnahmen zur Absenkung der Rücklauftemperatur bei Gebäudenetzen im Sinne der Richtlinien im Falle einer Wärmepumpe auch die Optimierung der Wärmepumpe, die Dämmung von Rohrleitungen der Einbau von Flächenheizungen, von Niedertemperaturheizkörpern und von Wärmespeichern im Gebäude oder gebäudenah (auf dem</p>	<p>Das förderfähige Mindestinvestitionsvolumen liegt bei 2.000 Euro (brutto). Der Fördersatz beträgt 20 Prozent der förderfähigen Ausgaben.</p> <p><u>Anlagen zur Wärmeerzeugung (Heizungstechnik)</u></p> <p>...</p> <p>Gefördert wird: Gas-Brennwertheizung (Renewable Ready), Gas-Hybridheizungen, Solarkollektoranlagen, Biomasseheizungen, Wärmepumpen, Innovative Heiztechnik auf Basis erneuerbaren Energien, Erneuerbare Energien-Hybridheizungen (EE-Hybride), Gebäudenetze und Anschluss an eine Gebäude- oder Wärmenetz, Maßnahmen zur Visualisierung des Ertrags Erneuerbarer Energien</p> <p><u>Heizungsoptimierung</u></p> <p>Gefördert werden sämtliche Maßnahmen zur Optimierung des Heizungsverteilsystems in Bestandsgebäuden, mit denen die Energieeffizienz des Systems erhöht wird.</p> <p>Gefördert wird: der hydraulische Abgleich der Heizungsanlage inklusive der Einstellung der Heizungskurve, der Austausch von Heizungspumpen sowie der Anpassung der Vorlauftemperatur und der Pumpenleistung, Maßnahmen zur Absenkung der Rücklauftemperatur bei Gebäudenetzen im Sinne der Richtlinien im Falle einer Wärmepumpe auch die Optimierung der Wärmepumpe, die Dämmung von Rohrleitungen der Einbau von Flächenheizungen, von Niedertemperaturheizkörpern und von Wärmespeichern im Gebäude oder gebäudenah (auf dem</p>
---	--

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

	<p>Gebäudegrundstück), die Mess-, Steuer- und Regelungstechnik.</p> <p>...</p> <p>Das förderfähige Mindestinvestitionsvolumen liegt bei 300 Euro (Brutto). Der Fördersatz beträgt 20 Prozent der förderfähigen Ausgaben.</p> <p><u>Fachplanung und Baubegleitung</u></p> <p>...</p> <p>Der Fördersatz beträgt 50 Prozent der förderfähigen Ausgaben.</p> <p>...</p>	<p>Gebäudegrundstück), die Mess-, Steuer- und Regelungstechnik.</p> <p>...</p> <p>Das förderfähige Mindestinvestitionsvolumen liegt bei 300 Euro (Brutto). Der Fördersatz beträgt 20 Prozent der förderfähigen Ausgaben.</p> <p><u>Fachplanung und Baubegleitung</u></p> <p>...</p> <p>Der Fördersatz beträgt 50 Prozent der förderfähigen Ausgaben.</p> <p>...</p> <p><u>Förderung im Rahmen eines individuellen Sanierungsfahrplans (iSFP)</u></p> <p>Wird vom Energieberater ein „individueller Sanierungsfahrplan (iSFP)“ erstellt, so erhöhen sich bei bestimmten Sanierungsmaßnahmen die Fördersätze des BAFA. Dies ist aktuell auf der Webseite des BAFA abzufragen.</p>
2.2	<p><u>Teilsanierungen von Wohngebäuden</u></p> <p>...</p> <p>Ausschluss der Förderung beim Einsatz folgender Materialien/Stoffe: Asbest, Tropenholz, FCKW / CKW – geschäumte Materialien, Materialien die Flammenschutzmittel HBCD, Formaldehyd oder Bitumen</p>	<p><u>Teilsanierungen von Wohngebäuden</u></p> <p>Sollte das Förderprogramm des BAFA nicht in Anspruch genommen werden, so sind Förderungen für Einzelmaßnahmen durch das Gemeindeprogramm möglich. Es empfiehlt sich jedoch, das BAFA Programm in Kombination mit Punkt 2.1.2. des Gemeindeprogramms zu nutzen.</p> <p>...</p> <p>Ausschluss der Förderung beim Einsatz folgender Materialien/Stoffe: Asbest, Tropenholz, FCKW / CKW – geschäumte Materialien, Materialien die Flammenschutzmittel HBCD, Formaldehyd oder Bitumen enthalten.</p>
2.2. 1	<p><u>Wärmedämmung Außenwand</u></p> <p>Wird bezuschusst wenn:</p> <p>...</p>	<p><u>Wärmedämmung Außenwand</u></p> <p>Wird bezuschusst wenn:</p> <p>...</p>

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

	-die Fensterrahmen nicht aus PVC, Aluminium oder Tropenholz bestehen (Ausnahme: Bei Verwendung von nachweislich recyceltem PVC ist eine Förderung weiterhin möglich)	-die Fensterrahmen nicht aus PVC , Aluminium oder Tropenholz bestehen (Ausnahme: Bei Verwendung von nachweislich recyceltem PVC ist eine Förderung weiterhin möglich)
2.2. 2	<u>Altbau-Fenstersanierung</u> <u>Gemeindeförderung:</u> 10 % der förderfähigen Kosten, max. 5.000 € pro WE Wird bezuschusst wenn: -die Fensterrahmen nicht aus PVC – Aluminium oder Tropenholz bestehen (Ausnahme: Bei Verwendung von nachweislich recyceltem PVC ist eine Förderung weiterhin möglich) ...	<u>Altbau-Fenstersanierung</u> <u>Gemeindeförderung:</u> 10 % der förderfähigen Kosten, max. 5.000 € pro WE <u>Zusatz Naturstoffe°:</u> 15 % (max. 7.500 € pro WE) Wird bezuschusst wenn: -die Fensterrahmen nicht aus PVC – Aluminium oder Tropenholz bestehen (Ausnahme: Bei Verwendung von nachweislich recyceltem PVC ist eine Förderung weiterhin möglich) ... <u>°Zusatz Naturstoffe:</u> Wird für den Fenstertausch ein reiner Holzrahmen verwendet, erhöht sich der Anteil der Gemeinde der förderfähigen Kosten.
2.3. 1	<u>Passivhaus</u> ... <u>Neubau auf Passivhausniveau:</u> Gemeindeförderung: 40€ je m ² Wohnfläche, je max. 4.000 € je Gebäude Wird bezuschusst wenn: -Jahresheizwärmebedarf ≤ 15 kWh/(m ² a) -Heizlast ≤ 10 W/m ² -Luftdichtigkeit n50 ≤ 0,60/h -Jahres-Primärenergiebedarf ≤ 60 kWh/(m ² a) -Wärmebrücken vermieden werden -zur Be- und Entlüftung aller beheizten Räume eine kontrollierte Wohnraumlüftung mit Wärmerückgewinnung eingebaut wird, deren Wirkungsgrad über 75 % liegt -für die geringe Restheizung sowie für	<u>Passivhaus</u> ... <u>Neubau auf Passivhausniveau:</u> Gemeindeförderung: 40€ je m ² Wohnfläche, je max. 4.000 € je Gebäude Wird bezuschusst wenn: -Jahresheizwärmebedarf ≤ 15 kWh/(m ² a) -Heizlast ≤ 10 W/m ² -Luftdichtigkeit n50 ≤ 0,60/h -Jahres-Primärenergiebedarf ≤ 60 kWh/(m ² a) -Wärmebrücken vermieden werden -zur Be- und Entlüftung aller beheizten Räume eine kontrollierte Wohnraumlüftung mit Wärmerückgewinnung eingebaut wird, deren Wirkungsgrad über 75 % liegt -für die geringe Restheizung sowie für

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

	<p>die Warmwasserversorgung des Gebäudes eine Fernwärmeheizung, Wärmepumpe, thermische Solaranlage, Photovoltaikanlage zur Strombeheizung oder ein Pelletofen eingesetzt wird</p> <p><u>Umbau/Sanierung auf Passivhausniveau:</u> Gemeindeförderung: 40€ je m² Wohnfläche, je max. 4.000 € je Gebäude Wird bezuschusst wenn: -Jahresheizwärmebedarf ≤ 15 kWh/(m²a) -Heizlast ≤ 10 W/m² -Luftdichtigkeit n50 ≤ 0,60/h -Jahres-Primärenergiebedarf ≤ 60 kWh/(m²a) -Wärmebrücken vermieden werden -zur Be- und Entlüftung aller beheizten Räume eine kontrollierte Wohnraumlüftung mit Wärmerückgewinnung eingebaut wird, deren Wirkungsgrad über 75 % liegt -für die geringe Restheizung sowie für die Warmwasserversorgung des Gebäudes eine Fernwärmeheizung, Wärmepumpe, thermische Solaranlage, Photovoltaikanlage zur Strombeheizung oder ein Pelletofen eingesetzt wird</p>	<p>die Warmwasserversorgung des Gebäudes eine Fernwärmeheizung, Wärmepumpe, thermische Solaranlage, Photovoltaikanlage zur Strombeheizung oder ein Pelletofen eingesetzt wird</p> <p><u>Umbau/Sanierung auf Passivhausniveau:</u> Gemeindeförderung: 40€ 100 € je m² Wohnfläche, je max. 4.000 € 15.000 € je Gebäude Wird bezuschusst wenn: -Jahresheizwärmebedarf ≤ 15 kWh/(m²a) -Heizlast ≤ 10 W/m² -Luftdichtigkeit n50 ≤ 0,60/h -Jahres-Primärenergiebedarf ≤ 60 kWh/(m²a) -Wärmebrücken vermieden werden -zur Be- und Entlüftung aller beheizten Räume eine kontrollierte Wohnraumlüftung mit Wärmerückgewinnung eingebaut wird, deren Wirkungsgrad über 75 % liegt -für die geringe Restheizung sowie für die Warmwasserversorgung des Gebäudes eine Fernwärmeheizung, Wärmepumpe, thermische Solaranlage, Photovoltaikanlage zur Strombeheizung oder ein Pelletofen eingesetzt wird</p>
2.3. 2	<p><u>Neubau einer PV-Anlage mit Stromspeicher / Nachrüstung eines Stromspeichers</u> ...</p>	<p>Neubau einer PV-Anlage mit Stromspeicher / Nachrüstung eines Stromspeichers Neubau einer PV-Anlage mit Stromspeicher / Nachrüstung eines Stromspeichers / Neubau einer steckerfertigen PV-Anlage ... Neubau einer steckerfertigen Photovoltaik-Anlage (Plug-In PV-Anlagen, Balkon-PV-Anlage) Gemeindeförderung: -300€ bei einer Anlagenleistung von</p>

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

		<p>250-429 Wp -500€ bei einer Anlagenleistung von 430-600 Wp</p> <p>Wird bezuschusst wenn:</p> <ul style="list-style-type: none"> -die steckerfertigen PV-Anlagen den Richtlinien der VDE (Verband der Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik e.V.) entsprechen. -das Gerät muss entsprechend den Sicherheitshinweisen und der Anleitung des Herstellers installiert und betrieben werden. -das Gerät muss fachgerecht befestigt sein, so dass die Verkehrssicherheit dauerhaft sichergestellt ist. Insbesondere muss ein Herabfallen von (Teilen) des Geräts oder seiner Unterkonstruktion ausgeschlossen sein, auch bei außergewöhnlichen Wetterbedingungen. Bei Befestigung an Balkonen oder Geländern müssen diese hinsichtlich standsicherheits- und brandschutztechnischer Aspekte für die Anbringung des Plug-In PV-Geräts geeignet sein.
	<p><u>Einzureichende Unterlagen bei Antragstellung</u></p> <ul style="list-style-type: none"> -Kopie der Kostenvoranschläge -Aussagefähige Produktbeschreibung/ Anlagenbeschreibung der Photovoltaikanlage sowie Angabe der installierten Leistung 	<p><u>Einzureichende Unterlagen bei Antragstellung</u></p> <ul style="list-style-type: none"> -Kopie der Kostenvoranschläge -Aussagefähige Produktbeschreibung/ Anlagenbeschreibung der Photovoltaikanlage sowie Angabe der installierten Leistung -Für Neubau von steckfertigen PV-Anlagen: Einverständnis des Vermieters zur Nutzung von Balkonmodulen oder ein entsprechender Beschluss der Wohnungseigentümergeinschaft
	<p><u>Einzureichende Unterlagen zur Auszahlung</u></p> <ul style="list-style-type: none"> -Kopie der Originalrechnung - Kopie des Überweisungsbeleges: Kontoauszug oder 	<p><u>Einzureichende Unterlagen zur Auszahlung</u></p> <ul style="list-style-type: none"> -Kopie der Originalrechnung - Kopie des Überweisungsbeleges: Kontoauszug oder

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

	<p>Überweisungsbeleg bzw. Quittung mit genauen Angaben über Art und Höhe der Zahlung</p> <p>-Inbetriebsetzungsprotokoll des Netzbetreibers</p>	<p>Überweisungsbeleg bzw. Quittung mit genauen Angaben über Art und Höhe der Zahlung</p> <p>-Inbetriebsetzungsprotokoll des Netzbetreibers Nachweis der Anmeldung beim Netzbetreiber (Bayernwerk) und im Marktstammdatenregister https://www.bayernwerk-netz.de/de/energie-einspeisen/ihre-anlage/sonne/steckerfertige-anlagen.html)</p>
3.3	<p><u>Ausschluss der Förderung</u></p> <p>Nicht gefördert werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Maßnahmen in Garten-, Wochenend- und Gewächshäusern, Saunen, Schwimmbädern; • Maßnahmen, die nicht der technischen Überprüfung der Gemeinde oder einem von der Gemeinde beauftragten Dienstleisters genügen. • Bei Eigenleistungen sind nur die Materialkosten zuschussfähig. • gesetzlich geforderte Maßnahmen. • Maßnahmen, die bereits vor der Antragstellung in Auftrag gegeben oder begonnen wurden sowie Maßnahmen, die nicht den Förderrichtlinien oder den Vorgaben der technischen Prüfung entsprechen, werden nicht gefördert. 	<p><u>Ausschluss der Förderung</u></p> <p>Nicht gefördert werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Maßnahmen in Garten-, Wochenend- und Gewächshäusern, Saunen, Schwimmbädern; • Maßnahmen, die nicht der technischen Überprüfung der Gemeinde oder einem von der Gemeinde beauftragten Dienstleisters genügen. • Bei Eigenleistungen sind nur die Materialkosten zuschussfähig. • gesetzlich geforderte Maßnahmen. • Maßnahmen, die bereits vor der Antragstellung in Auftrag gegeben oder begonnen wurden sowie Maßnahmen, die nicht den Förderrichtlinien oder den Vorgaben der technischen Prüfung entsprechen, werden nicht gefördert. <p>Von der Förderung ausgeschlossene Materialien / Stoffe:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Fensterrahmen aus Aluminium oder Tropenholz • Asbest • Materialien die Flammenschutzmittel HBCD, Formaldehyd oder Bitumen

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

		<p>enthalten</p> <ul style="list-style-type: none"> • Tropenholz • FCKW / CKW – geschäumte Materialien
3.7		<p><u>Inkrafttreten</u></p> <p>Die Richtlinien des Energiesparförderprogramms wurden im Gemeinderat am 11.03.2021 13.10.2022 mit Beschluss-Nr. 140 xx beschlossen und treten nach ihrer Bekanntmachung zum 01.04.2021 01.11.2022 in Kraft. Gleichzeitig tritt das Energiesparförderprogramm, mit Stand: 08.03.2018 11.03.2021, außer Kraft.</p>

Aus der Mitte des Gremiums kam noch der Hinweis, dass die Förderungen durch das Gemeindeprogramm nur dann möglich sind, wenn die Förderung durch die BAFA gefördert wird (Vorliegen eines Förderbescheids).

Beschluss: 22 : 0

Das Gremium schließt sich der Empfehlung des Umwelt-, Digital- und Energieausschuss vom 29.09.2022, Beschluss Nr. 33 an und stimmt den vorgelegten Änderungen der Energiesparförderprogramm – Richtlinie (Stand 11.03.2021) zu bzw. mit folgenden Änderungen und Anregungen zu:

Die Ziffer 2.2 Teilsanierungen von Wohngebäuden

Abs. 1 ist wie folgt zu formulieren:

Die Förderungen durch das Gemeindeprogramm ist nur dann möglich, wenn die Förderung durch die BAFA entsprechend gefördert werden (Vorliegen eines Förderbescheids).

Die Ziffer 2.3.2 (Gemeindeförderung) ist wie folgt zu ändern:

30 % der Kosten für Anschaffung des Gesamtsystems (PV-Module plus benötigtes Zubehör) und zwingend notwendiger Dienstleistungen durch eine Elektrofachkraft, maximal jedoch 600 €.

Ausschluss der Förderung beim Einsatz folgender Materialien/Stoffe:

Asbest, Tropenholz, FCKW / CKW – geschäumte Materialien, Materialien die Flammschutzmittel HBCD, Formaldehyd oder Bitumen enthalten.

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Das Förderprogramm ist nach heutiger Beschlussfassung zu aktualisieren und erhält den Stand 13.10.2022.

Die Energiesparförderprogramm – Richtlinie, Stand 13.10.2022, tritt am 01.11.2022 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Energiesparförderprogramm – Richtlinie, Stand 11.03.2021, außer Kraft.

Für Anträge bis 31.10.2022 gilt die bisherige Fassung der Energiesparförderprogramm – Richtlinie, Stand 11.03.2021, fort.

AZ 6620
Bauamt

335

22

Empfehlungsbeschlüsse aus dem Umwelt-, Digital- und Energieausschuss

Verpachtung gemeindeeigener landwirtschaftlicher Flächen nach ökologischen Gesichtspunkten; Sachstand und weiteres Vorgehen

Der Erste Bürgermeister erinnert an den Empfehlungsbeschluss des Umwelt-, Digital- und Energieausschusses vom 29.09.2022, Nr. XXX, in welchem sich dieser dafür ausgesprochen hat, dass für zukünftige Ausschreibungen für landwirtschaftliche gemeindeeigene Flächen zukünftig die untern genannten die mit der örtlichen Landwirtschaft und Verbänden etc. erarbeiteten Eckpunkte zu beachten sind.

Weiter bringt der Erster Vorsitzende den Beschluss vom 24.02.2022, Nr. 26, vor nachdem bei zukünftigen Ausschreibungen für landwirtschaftliche gemeindeeigene Flächen zukünftig die Richtlinien für ökologischen Landbau zu berücksichtigen sind. Die Eckpunkte sind mit der örtlichen Landwirtschaft und den Verbänden etc. zu erarbeiten und dem Umwelt-, Digital- und Energieausschuss zur Entscheidung vorzulegen sind.

Zwischenzeitlich haben zwei Abstimmungstermine am 04.04.2022 und am 24.05.2022 mit der örtlichen Landwirtschaft und den Verbänden stattgefunden. Diese beiden Besprechungsprotokolle werden dem Gremium zugestellt. Darüber hinaus werden die Emails vom 06./13.09.2022 bekanntgegeben und dem Gremium zugestellt.

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Das Ergebnis der Termine sind folgende Eckpunkte die eine naturschonende, umweltgerechte und nachhaltige Bewirtschaftung, angelehnt an die Informationsschrift „Ökologischer Landbau in Deutschland“; Stand: Februar 2021, des Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, sichern sollen:

- Kein Ausbringen und Verwenden von Glyphosat oder glyphosathaltigen Mitteln
- Ausschluss von Gen-technisch verändertem Saatgut sollte sich die Gesetzeslage ändern, wird dies besprochen werden.
- Ausschluss des Anbaus von gentechnisch veränderten Feldfrüchten und Pflanzen
- Angrenzende Pflanzungen und Bäume dürfen in keiner Weise durch die landwirtschaftliche Nutzung beschädigt, beeinträchtigt werden und soweit möglich sollen diese durch den Pächter aktiv geschützt werden. Eine fachgerechte Pflege bzw. das Zurückschneiden der angrenzenden Pflanzungen und Bäume darf in Abstimmung mit der Gemeinde durchgeführt werden.
- beachten einer geeigneten Fruchtfolge, diese ist in geeigneter Weise abwechselnd zu bewirtschaften (insbesondere beim Maisanbau)
- Erhalt und Verbesserung der natürlichen Landschaftsstruktur
- Sorgsamer Umgang mit dem Boden (z.B. Minimierung von Bodenverdichtung und Bodenerosion)
- Verhinderung von Staunässe
- Ausgeschlossen ist das Auffüllen von Grundstücken
- Bestimmungen der Düngeverordnung sind zu beachten
- lebensraumverbessernde Maßnahmen mit entsprechend beschlossenen Programm angelehnt an das PiK-Programm (Blühwiesen, Lerchenfenster, Kibitzfenster, ...)

Die Unterlagen wurden dem Gremium zugestellt.

Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass für zukünftige Ausschreibungen für landwirtschaftliche gemeindeeigene Flächen zukünftig Folgende, die mit der örtlichen Landwirtschaft und Verbänden etc. erarbeiteten Eckpunkte zu beachten:

- Kein Ausbringen und Verwenden von Glyphosat oder glyphosathaltigen Mitteln
- Ausschluss von Gen-technisch verändertem Saatgut sollte sich die Gesetzeslage ändern, wird dies besprochen werden.

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- Ausschluss des Anbaus von gentechnisch veränderten Feldfrüchten und Pflanzen
- Angrenzende Pflanzungen und Bäume dürfen in keiner Weise durch die landwirtschaftliche Nutzung beschädigt, beeinträchtigt werden und soweit möglich sollen diese durch den Pächter aktiv geschützt werden. Eine fachgerechte Pflege bzw. das Zurückschneiden der angrenzenden Pflanzungen und Bäume darf in Abstimmung mit der Gemeinde durchgeführt werden.
- beachten einer geeigneten Fruchtfolge, diese ist in geeigneter Weise abwechselnd zu bewirtschaften (insbesondere beim Maisanbau)
- Erhalt und Verbesserung der natürlichen Landschaftsstruktur
- Sorgsamer Umgang mit dem Boden (z.B. Minimierung von Bodenverdichtung und Bodenerosion)
- Verhinderung von Staunässe
- Ausgeschlossen ist das Auffüllen von Grundstücken
- Bestimmungen der Düngeverordnung sind zu beachten

lebensraumverbessernde Maßnahmen mit entsprechend beschlossenen Programmen angelehnt an das PiK-Programm (Blühwiesen, Lerchenfenster, Kibitzfenster, ...)

AZ 722
Bauamt

Empfehlungsbeschlüsse aus dem Umwelt-, Digital- und Energieausschuss

- 336 22 **Energieeinsparverordnungen des Bundeskabinetts; Vorstellung der Energiesparmaßnahmen**

Der Erste Bürgermeister erinnert an die Bekanntmachung im Gemeinderat vom 15.09.2022, über die kurzfristig bereits umgesetzte oder in Umsetzung befindliche Maßnahmen mitgeteilt wurden. Weiterhin bringt der Erste Vorsitzende den Empfehlungsbeschluss des Umwelt-, Digital- und Energieausschusses vom 29.09.2022 zu mittel- und langfristigen Energiesparmaßnahmen in Erinnerung.

In der Bekanntmachung im Gemeinderat vom 15.09.2022 wurden folgende kurzfristig bereits umgesetzte oder in Umsetzung befindliche Maßnahmen mitgeteilt:

- Der Brunnen vor dem Rathaus wurde abgelassen und in Winterruhe geschickt
- Ebenso die Sprudler vor dem Bürgerhaus

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- Die Pfarrvilla wird nicht mehr beleuchtet, Bewegungsmelder auf dem Weg dort sind eingerichtet für die Wegbeleuchtung
- Das Marktdach wird nicht mehr beleuchtet
- Die Baumstrahler vor dem Bürgerhaus sind abgeschaltet
- Die Tageslichtbeleuchtung des Bürgerhauses wird um 20 Uhr statt bisher um 22 Uhr abgeschaltet
- Was sonst ums und im Bürgerhaus leuchtet dient der Verkehrssicherungspflicht und darf nicht abgeschaltet werden.
- Homeoffice-Arbeitsplätze werden so umgerüstet, dass sie genutzt werden können, ohne dass der stationäre PC am Arbeitsplatz in Betrieb ist (Umzug auf den Server).
- Die Heizungsanlage des Rathauses wird derzeit auf Optimierungen überprüft. Problem: Die Anlage ist rund 50 Jahre alt; aufgrund fehlendem hydraulischen Ausgleich besteht keine Möglichkeit eine bestimmte Raumtemperatur voreingestellt zu fixieren.
- Die Kolleginnen und Kollegen werden angewiesen, keinerlei Klimageräte und ähnliches mehr in Betrieb zu nehmen. Ebenso keine zusätzliche Individualbeleuchtung an ihren Arbeitsplätzen.
- Wenn in den Häusern technisch und rechtlich möglich, soll es in allen Arbeitsstätten der Gemeinde, bis auf Küche und Dusche, keine Warmwasserversorgung mehr geben.

Für weitere Energieeinsparungen empfiehlt die Verwaltung erste folgende mittel- und langfristigen Maßnahmen:

Mittelfristige Maßnahmen

- Verkürzung der **Brunnenlaufzeit** auf die Sommermonate Mai bis September
- Überprüfung der Abschaltungsmöglichkeiten für Ampelanlagen und Straßenbeleuchtung.
- Einführung einer **Gebäudemanagement-Software** (Computer-Aided Facility Management (CAFM)-Software) sowie ein kommunales Energiemanagementsystem (EMS).
- Vollzugriffe aller Homeoffice-fähigen Arbeitsplätze ohne Einschränkungen (Einzelpplatzprogramme und sonstige Softwareprogramme müssen auf eine zu Beschaffen den Server eingerichtet werden)

Es wurden folgende Anregungen von Frau Gemeinderätin Rader per E-Mail vom 25.09.2022, eingegangen am 26.09.2022, zu kurz- bis mittelfristigen Maßnahmen dem Gremium des Umwelt-, Digital- und Energieausschuss zugestellt und in der Sitzung vom 29.09.2022 zur Diskussion gebracht:

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Sukzessive Umstellung der Beleuchtung in allen gemeindlichen Liegenschaften auf LED-Beleuchtung, sofern noch nicht realisiert (u. A. Kindertageseinrichtungen, Vereinsräume, Sportplätze, Hauseingänge, Flure und Tiefgaragen, auch bei Objekten der BgML).

Langfristige Maßnahmen

- **Energetische Sanierung** von Bestandsgebäuden soweit noch nicht erfolgt.

Der Erste Vorsitzende weist zudem auf den Antrag der SPD-Fraktion/FDP vom 09.09.2022, eingegangen am 11.09.2022, zur Erstellung eines Konzepts für Energieeinsparung hin.

Die Unterlagen wurden dem Gremium zugestellt.

Beschluss: 22 : 0

Das Gremium spricht sich für folgende Energieeinsparmaßnahmen aus:

Mittelfristige Maßnahmen

- Verkürzung der **Brunnenlaufzeit** auf die Sommermonate Mai bis September
- Überprüfung der Abschaltungsmöglichkeiten für Ampelanlagen und Straßenbeleuchtung.
- Einführung einer **Gebäudemanagement-Software** (CAFM-Software) sowie ein kommunales Energiemanagementsystem (EMS).
- Vollzugriffe aller Homeoffice-fähigen Arbeitsplätze ohne Einschränkungen (Einzelpplatzprogramme und sonstige Softwareprogramme müssen auf einen zu beschaffenden Server eingerichtet werden)
- Sukzessive Umstellung der Beleuchtung in allen gemeindlichen Liegenschaften auf LED-Beleuchtung, sofern noch nicht realisiert (u. A. Kindertageseinrichtungen, Vereinsräume, Sportplätze, Hauseingänge, Flure und Tiefgaragen, auch bei Objekten der BML)

Langfristige Maßnahmen

- **Energetische Sanierung** von Bestandsgebäuden soweit noch nicht erfolgt.

AZ 861
Bauamt

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

22 **Empfehlungsbeschlüsse aus dem Bau-, Verkehr- und
Grundstücksausschuss**

AZ 0241
Hauptamt

337 22 **Empfehlungsbeschlüsse aus dem Bau-, Verkehr- und
Grundstücksausschuss**
**Antrag der SPD-Fraktion zur Erstellung eines Konzeptes für die
Verpachtung der Kiesflächen (Parkflächen) westlich der Beta-Straße an
die örtlichen Kleingewerbeunternehmen**

Der Erste Bürgermeister gibt den Antrag der SPD-Fraktion auf die Erstellung eines Konzeptes für die Verpachtung der Kiesflächen (Parkflächen) westlich der Beta-Straße an die örtlichen Kleingewerbeunternehmen zwischen „Allguth-Kreisel“ und Kreisel „Mitterfeldallee“ vom 18.09.2022, eingegangen am 19.09.2022 mit folgendem Inhalt bekannt:

Der Bau- Verkehr- und Grundstücksausschuss möge beschließen:

Die Gemeindeverwaltung wird beauftragt ein Pacht-Konzept zu erarbeiten, wie die aktuelle Kiesfläche (Parkfläche) westlich der Beta-Straße, gegenüber den ansässigen Unternehmen im Kleingewerbegebiet als Parkflächen verpachtet werden könnte.

Dieser aufgekieste Bereich (westlich der Beta-Straße) ist dann aus dem beschlossenen Parkraumbewirtschaftungskonzept als ausgewiesene Parkfläche herauszunehmen.

Dazu sollen die vorhandenen Unternehmer im Kleingewerbegebiet vorab auf ihren Flächenbedarf hin abgefragt werden. Darüber hinaus soll ein Konzept zur Verpachtung der Flächen mit Größe, Zeitraum und Pachthöhe von der Gemeindeverwaltung als Vorschlag erarbeitet werden. Dieser Konzeptentwurf ist dem Gemeinderat dann zur finalen Behandlung vorzulegen.

Begründung:

Der Antrag der CSU-Fraktion (Tagesordnungspunkt 7 der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 15.09.2022) unter anderem Parkausweise (Ziffer 3 des Antrags) zu erstellen, fand im Gremium keine Mehrheit.

Das Ansinnen der CSU unsere ortsansässigen Kleinunternehmer mit Parkraum für Mitarbeiter*innen und auch ggf. Abstellung von weiteren Fahrzeugen, wie

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

bisher zu unterstützen, wurde fraktionsübergreifend positiv gesehen. In der Diskussion wurde die Empfehlung vom Zweiten Bürgermeister ausgesprochen, die SPD-Idee als Antrag zur Vorlage im kommenden Bauausschuss zu formulieren.

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 18.09.2022 wurde dem Gremium zugestellt.

Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat schließt sich der Empfehlung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 27.09.2022 wie Folgt an:

Die Gemeindeverwaltung wird beauftragt ein Pacht-Konzept zu erarbeiten, wie die aktuelle Kiesfläche (Parkfläche) westlich der Beta-Straße, gegenüber den ansässigen Unternehmen im Kleingewerbegebiet als Parkflächen verpachtet werden könnte.

Dieser aufgekieste Bereich (westlich der Beta-Straße) ist dann aus dem beschlossenen Parkraumbewirtschaftungskonzept als ausgewiesene Parkfläche herauszunehmen.

Dazu sollen die vorhandenen Unternehmer im Kleingewerbegebiet vorab auf ihren Flächenbedarf hin abgefragt werden. Darüber hinaus soll ein Konzept zur Verpachtung der Flächen mit Größe, Zeitraum und Pachthöhe von der Gemeindeverwaltung als Vorschlag erarbeitet werden. Dieser Konzeptentwurf ist dem Gemeinderat anschließend zur finalen Behandlung vorzulegen.

AZ 621

Bauamt

Empfehlungsbeschlüsse aus dem Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss

338

22

Radwegeverbindung vom Isarradweg zur Münchner Str.; Sachstandsbericht der Untersuchungsergebnisse und weiteres Vorgehen

Der Erste Bürgermeister erinnert an den Antrag der PWU-Fraktion vom 13.01.2021 auf Prüfung der Machbarkeit für eine direkte Radwegeverbindung vom Isarradweg zur Münchner Straße, sowie an den Beschluss des Gemeinderates vom 11.02.2021, Nr. 122. Die Machbarkeitsstudie wurde in der Sitzung des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses am 20.05.2021, Nr. 123, vorgestellt.

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Ergebnisbericht der Radfahrerbefragung und Verkehrszählung der Fa. Schuh & Co (Stand 12.10.2021) diene als Grundlage für ein Verkehrstechnisches Gutachten. Das Verkehrstechnische Gutachten (Ergebnisbericht) über eine Potenzialanalyse der Radverkehrsbrücke der Fa. Schlothauer & Wauer wurde der Gemeinde Unterföhring am 24.01.2022 zugestellt. Grundsätzlich sagt die Machbarkeitsstudie aus, dass eine Isarradbrücke unter Einhaltung bestimmter Maßnahmen möglich ist. In der Sitzung des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses am 27.04.2022 wurden die Stellungnahmen zur Machbarkeitsstudie des ADFC (vom 10.03.2022), des Mobilitätsreferats des Landeshauptstadt München (vom 04.03.2022), des Landratsamts München (vom 28.03.2022), des staatlichen Bauamts Freising (vom 04.03.2022), der Unteren Naturschutzbehörde (vom 08.03.2022) und des Wasserwirtschaftsamts München (vom 28.02.2022) vorgetragen.

In der Sitzung des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses erläuterte Hr. Johannes Bichler vom Ingenieurbüro Bichler & Klingenmeier den Sachverhalt und stand für Fragen zur Verfügung.

Die Fa. Grundbaulabor GmbH wurde am 14.04.2022 damit beauftragt ein geotechnisches Gutachten zum Bauvorhaben Verbindung des Isarradwegs mit der Mitterfeldallee bzw. Kanalstraße zu erstellen. Das Gutachten wurde der Gemeinde am 12.08.2022 zugestellt. Die beratenden Ingenieure Bichler & Klingenmeier ordnen aus fachlicher Sicht das Gutachten wie folgt ein:

Im Baugrundgutachten vom Grundbaulabor München vom 12.08.2022 wurde kiesiger Untergrund vorgefunden. Die oberen Lagen bis zwischen 2,8 m und 3,9 m Tiefe sind teilweise Auffüllungen (setzungsempfindlich). Hier ist das Material locker gelagert. Bei den darunter liegenden Lagen handelt es sich um dicht gelagerte Kiese, die als tragfähig einzustufen sind. Die Pfeiler, Pylonen, Auflager, etc. müssen in den fest gelagerten Schichten gründen.

Es werden folgende Gründungsmaßnahmen vorgeschlagen:

- Tiefgründung mit Mikropfählen
- Tiefgründung mit Vollverdrängungspfählen, oder
- Tiefgründung mit Brunnenringen

Im Bereich der Bohrungen am Isarufer wurde Grundwasser bei einer Tiefe von 2,3 m bzw. 4,7 m unter GOK vorgefunden. Hier ist mit einer Grundwasserhaltung während der Bauarbeiten zu rechnen.

Grundsätzlich sagt das Gutachten aus, dass der Boden als geeignet angesehen werden kann und keine Mehrkosten beim Bauvorhaben verursachen würde.

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Verwaltung hat Fördermöglichkeiten und Kostenbeteiligungen für das Bauvorhaben geprüft. Dabei wurden die Förderprogramme „Klimaschutz durch Radverkehr“ und das „Sonderprogramm Stadt und Land“ am 20.04.2022 angefragt. Beim Bauvorhaben Isarradweg ist durch die Rahmenbedingungen der Förderprogramme mit keiner Förderung zu rechnen, da die Förderrichtlinien nicht eingehalten werden können. Beispielsweise sind im Förderprogramm „Klimaschutz durch Radverkehr“ Einzelmaßnahmen nicht zuwendungsfähig. Die Förderprogramme „Klimaschutz durch Radverkehr“ und „Sonderprogramm Stadt und Land“ legen zudem die Erhöhung und Attraktivitätssteigerung des Radverkehrsaufkommen zu Grunde ebenso wie die Wirtschaftlichkeit der Maßnahme. Im Verkehrstechnischen Gutachten der Fa. Schlothauer & Wauer vom 24.01.2022 wurde hingegen ermittelt, dass auf der Leinthalbrücke weiterhin ein höheres Verkehrsaufkommen zu verzeichnen wäre als auf der Planbrücke (10% Verlagerung der Radfahrerenden auf die Planbrücke bei Variante 1b und 30% Verlagerung der Radfahrenden auf die Planbrücke bei Variante 2b). Des Weiteren sind die modalen Verlagerungen, als die Verlagerungen von anderen Verkehrsmitteln, insbesondere dem Pkw, auf das Fahrrad sind in allen Varianten im Verkehrstechnischen Gutachten als sehr gering eingestuft worden.

Begründung:

„Das Sonderprogramm Stadt und Land hat eine Laufzeit bis zum 31.12.2023. [...] Allerdings sind die für den Freistaat Bayern vorgesehenen Fördermittel schon seit Februar 2022 gebunden, weshalb der Bund derzeit keine neuen Förderprojekte aus Bayern annimmt. [...] Der Bund hat die Verausgabung der neuen Haushaltsmittel (43,7 Mio. € für Bayern), die ausschließlich im Jahr 2022 zur Verfügung stehen und auch im Jahr 2022 ausgezahlt werden müssen. [...] Aus unserer Sicht wäre die Förderung der geplanten Radwegbrücke aufgrund der zeitlichen Befristung der Realisierung und Abrechnung der Förderprojekte auf das Jahr 2022 sowieso zeitlich nicht realisierbar.“

Telefonisch (25.04.2022) wurde der Verwaltung zum Förderprogramm „Klimaschutz durch Radverkehr“ mitgeteilt, dass im Rahmen des Förderprogramms keine Einzelmaßnahmen gefördert werden. Eine Umwidmung der Leinthalbrücke zur Fahrradbrücke könnte das Kosten-Nutzen-Verhältnis der Isarradbrücke, das ohnehin schon zu gering für eine Förderung wäre, weiter verschlechtern. Es wäre möglich, dass aus diesem Grund eine Förderung auch im Nachhinein zurückgezogen werden könnte. Da die Leinthalbrücke jedoch bereits jetzt von Radfahrern genutzt wird, wurde die Förderfähigkeit bereits im Voraus negiert.

Das Mobilitätsreferat der Landeshauptstadt München sowie der Landkreis München, bei denen jeweils eine Kostenbeteiligung geprüft wurde, konnten

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

keine konkrete Aussage über die Möglichkeit einer Kostenbeteiligung machen, da das Projekt einem größeren Gremium vorgestellt werden müsste.

Die Verwaltung hebt darüber hinaus folgenden Sachverhalt nochmal hervor: Im Verkehrstechnischen Gutachten der Fa. Schlothauer & Wauer vom 24.01.2022 wurde ermittelt, dass trotz des Baus einer neuen Radverkehrsbrücke, das Radverkehrsaufkommen auf der Leinthalerbrücke auch weiterhin den größeren Anteil ausmachen wird. Eine Verbesserung der Bestandssituation durch eine Optimierung der Radverkehrsführung an Knotenpunkten (wie Münchner Straße / Leinthalerstraße) und einer Anbindung an das Radwegenetz können zu einer Steigerung des Radverkehrsaufkommens bei gleichzeitig größerer Verkehrssicherheit führen.

Die Verwaltung und die Beratenden Ingenieure Bichler & Klingenmeier empfehlen das Bauvorhaben einer direkten Radwegeverbindung vom Isarradweg zur Münchner Straße aufgrund des Kosten-Nutzen-Verhältnisses nicht weiterzuverfolgen. Um die Radwegeverbindung von der Landeshauptstadt München in die Gemeinde Unterföhring zu verbessern soll eine Optimierung des Knotenpunktes Münchner Straße / Leinthaler Str. geprüft werden sowie weitere Anbindungsmöglichkeiten an das Radwegenetz.

Gemäß dem Beschluss des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses vom 27.04.2022, Nr. 205, hat die Verwaltung am 22.09.2022 Kontakt zu Frau Dr. Diesch vom Mobilitätsreferat der Landeshauptstadt München aufgenommen und die Umwidmung der Leinthaler Straße inklusive Leinthaler/Herzog-Heinrich-Brücke zur Fahrradstraße bekräftigt und die aktuellen Entwicklungen erfragt.

Am 06.10.2022 antwortete Frau Dr. Diesch:

„Die Ausweisung der Leinthalerstraße als Fahrradstraße ohne Kfz-Verkehr wird erst möglich sein, wenn der Ausbau des Föhringer Ring abgeschlossen ist. Was das Potenzial angeht, sehen wir eine starke Abhängigkeit von Ihren Planungen bezüglich einer neuen Radwegbrücke über Isar und/oder Kanal sowie eventueller Planungen der Gemeinde Unterföhring zur Weiterführung des Radverkehrs von der Einmündung der Leinthalerstraße in die Rampe zur Münchner Straße nach Unterföhring.“

Die Verwaltung wird bezüglich weiterer Planung im Bereich der Leinthalerbrücke mit dem Mobilitätsreferat im Austausch bleiben.

Die Vermessungspläne vom Ingenieurbüro Bichler & Klingenmeier (Stand 01.09.2022) wurden dem Gremium zugestellt.

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Mit Beschluss des Bau- Verkehrs- und Grundstücksausschusses vom 27.09.2022, Nr. 242 wurde dem Gemeinderat folgender Beschluss empfohlen: Das Gremium nimmt die abschließenden Ergebnisse des Baugrundgutachtens des Grundbaulabor München (Stand 12.08.2022), die Vermessungspläne des Ingenieurbüros Bichler und Klingenmeier (Stand 01.09.2022) sowie den Sachstandsbericht der Verwaltung zur Kenntnis und spricht sich für Folgendes aus:

Das Gremium schließt sich der Empfehlung der Verwaltung und der Beratenden Ingenieure Bichler & Klingenmeier. Dem Gemeinderat wird empfohlen das Bauvorhaben einer direkten Radwegeverbindung vom Isarradweg zur Münchner Straße nicht weiterzuverfolgen. Die Verwaltung wird beauftragt den Knotenpunkt an der Kreuzung Leinthalstraße/Münchner Str. vertieft zu untersuchen.

Beschluss: 22 : 0

Das Gremium schließt sich der Empfehlung des Bau- Verkehrs- und Grundstücksausschusses vom 27.09.2022, Nr. 242 an und nimmt die abschließenden Ergebnisse des Baugrundgutachtens des Grundbaulabor München (Stand 12.08.2022), die Vermessungspläne des Ingenieurbüros Bichler und Klingenmeier (Stand 01.09.2022) sowie den Sachstandsbericht der Verwaltung zur Kenntnis und spricht sich für Folgendes aus:

Das Gremium schließt sich der Empfehlung der Verwaltung und der Beratenden Ingenieure Bichler & Klingenmeier an, das Bauvorhaben einer direkten Radwegeverbindung vom Isarradweg zur Münchner Straße nicht weiterzuverfolgen. Die Verwaltung wird beauftragt den Knotenpunkt an der Kreuzung Leinthalstraße/Münchner Str. vertieft zu untersuchen.

AZ 6332
Bauamt

339

22

Geschosswohnungsbau an der Münchner Straße 85 (ehemals Wehnerhof); Vorstellung der Vorplanung und Kostenschätzung

Der Erste Bürgermeister erinnert an den Gemeinderatsbeschluss vom 23.2.2022 Nr. G266 (wird in der heutigen Sitzung öffentlich bekannt gemacht), in dem der Gemeinderat das Architekturbüro Goergens Miklautz Partner GmbH, Architekten und Stadtplaner, München, für die Realisierung des Geschosswohnungsbaus an der Münchner Str. 85 (ehemals Wehnerhof) mit folgenden Hinweisen und Änderungen: Es ist ein Waschmaschinenanschluss in den Bädern einzuplanen, beauftragt hat.

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die BML BauService GmbH wurde beauftragt, alle erforderlichen Maßnahmen zur kurzfristigen Realisierung des Geschosswohnungsbaus an der Münchner Straße 85 (ehemals Wehnerhof) in die Wege zu leiten.

Durch das Architekturbüro Goergens & Miklautz, sowie Vertreter der BML BauService GmbH, werden die Vorplanung und die Kostenschätzung (Lph 2; Stand 13.10.2022), mit folgenden wesentlichen Inhalten vorgestellt, erläutert und die Fragen beantwortet.

Die nun vorliegende Kostenschätzung des Geschosswohnungsbaus an der Münchner Straße 85 (ehemals Wehnerhof) schließt weitaus höher ab, als die Grobkostenannahme aus dem Wettbewerb.

Die Grobkostenannahme aus dem Wettbewerb diente lediglich als erste Abschätzung nach Kostenkennwerten des BKI (Baukosteninformations-zentrums) ähnlicher Projekte und über den damaligen Bruttorauminhalt und Bruttogeschoßfläche.

Eine direkte Gegenüberstellung kann daher nicht erfolgen, da es sich um zwei Berechnungsmethoden handelt. Zur Plausibilisierung der nun vorliegenden Kostenschätzung (mit höherer Kostensicherheit) wird dargelegt, wie sich die Kostenmehrungen darstellen.

Betrachtet werden im folgenden Vergleich lediglich die Kostengruppen 300 (Bauwerk- Baukonstruktion) und 400 (Bauwerk- Technische Anlagen), da im Wettbewerb auch nur diese im Rahmen einer Grobkostenannahme benannt werden mussten. Die darüber getroffenen Angaben waren darüber nachrichtlich.

Aus dem Wettbewerb (Stand 28.10.2021) wurden bei der Kostengruppe 300 und 400 inkl.10% empfohlener Zuschlag = ca. 5.652.384 € brutto geschätzt. Bei der Betrachtung der Kostengruppen 200 - 700 im Wettbewerb, ergab sich eine erste Grobkostenannahme 6.348.347.- € brutto.

Für eine Budgetierung wurde ein Sicherheitszuschlag von 10 % für Unvorhergesehenes empfohlen. Somit wurden die Kosten der KG 200 bis 700 bei rund 7 Mio. € brutto (Stand Wettbewerb) geschätzt.

Die Kostenschätzung, Stand 21.9.2022, des Architekturbüros G & M, wurden für:

Variante 1: Kostenschätzung Gesamtkosten KGR 200-700, Stand Vorentwurf 13.10.2022, Baukonstruktion Massivbauweise + KFW 55 (analog Germanenweg) in Höhe von 12.317.550 € brutto, für

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Variante 2: Kostenschätzung Gesamtkosten KGR 200-700, Stand Vorentwurf 13.10.2022, Baukonstruktion Holz-Hybridbauweise (10% bei KGR 300) + KfW 55 Standard in Höhe von 13.220.886 € brutto und für

Variante 3: Kostenschätzung Gesamtkosten KGR 200-700, Stand Vorentwurf 13.10.2022, Baukonstruktion Holz-Hybridbauweise (10% bei KGR 300) + KfW 40 Standard (5 % bei KGR 300) in Höhe von 13.672.554 € brutto, ermittelt.

Der Gemeinderat hat eine Entscheidung zu treffen wie mit den vorgenannten drei Varianten weiter verfahren bzw. geplant werden soll.

Die PPP Stand 13.10.2022 und die Kostenschätzung, Stand 21.9.2022, wurden dem Gremium zugestellt.

Die Fraktion B90/Die Grünen möchte ausdrücklich betonen, dass Sie für kommunalen Wohnungsbau ist. Dennoch stimmt sie heute gegen die Beschlussvorlage aufgrund ökologischer wie ökonomischer Bedenken und möchte das Projekt in dieser Form vorerst aussetzen.

Beschluss: 17 : 5

Der Gemeinderat nimmt die Vorstellung der Vorplanung, Stand 13.10.2022 und Kostenschätzung Stand 21.9.2022, mit den drei Varianten zur Kenntnis und spricht sich für Folgendes aus:

Es ist die

Variante 1: Kostenschätzung Gesamtkosten KGR 200-700, Stand Vorentwurf 13.10.2022, Baukonstruktion Massivbauweise + KfW 55 (analog Germanenweg) in Höhe von 12.317.550 € brutto, weiter zu verfolgen und bringt folgende Hinweise und Anregungen an:

Es sind die vorgestellten Grundrisse zu optimieren bzw. zu überarbeiten und dabei die Förderfähigkeit „zwingend“ zu beachten. Dies ist mit der Regierung von Oberbayern abzustimmen.

Diese sind in die Planungen einzuarbeiten und die Entwurfsplanung mit Kostenberechnung vorzubereiten und dem Gremium vorzulegen.

Die erforderlichen Haushaltsmittel sind beim UA 88450 nach Genehmigung der Kostenberechnung durch den Gemeinderat einzuplanen.

AZ 621
Bauamt

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

340

22

Musikschule Unterföhring: Bestellung von 3 Beisitzern für den Vorstand des Vereins Musikschule Unterföhring e.V.

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 12.05.2022 den Entwurf der Satzung des Vereins Musikschule Unterföhring e.V. zur Kenntnis genommen und diesen genehmigt. Auf den Beschlussbuchauszug und den beiliegenden Entwurfstext der Satzung wird verwiesen.

Der Verein hat daraufhin den genehmigten Satzungsentwurf in der Jahreshauptversammlung am 04.07.2022 beschlossen und beim Vereinsregister des Amtsgerichts München zur Eintragung vorgelegt.

Nach derzeitigem Kenntnisstand ist die Eintragung noch nicht erfolgt, wird aber voraussichtlich zeitnah erfolgen.

Gemäß § 7 Nr. 1 der Vereinssatzung besteht der Vorstand aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzendem, dem Schatzmeister, dem Schriftführer sowie 3 Vertretern der Gemeinde Unterföhring.

Gemäß § Nr. 2 der Vereinssatzung wird der Vorstand von der Mitgliederversammlung für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Nicht gewählt werden die Vertreter der Gemeinde Unterföhring. Sie werden von der Gemeinde Unterföhring entsandt. Es entscheidet der Gemeinderat.

Gemäß dieser Satzungsregelung wären jetzt vom Gemeinderat 3 Vertreter der Gemeinde in den Vereinsvorstand zu entsenden.

Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat hat Kenntnis von den satzungsmäßen Regelungen zur Besetzung des Vorstands des Vereins Musikschule Unterföhring e.V.

Gemäß § 7 Nr. 2 Sätze 3-5 der Vereinssatzung, entsendet die Gemeinde für die laufende Wahlzeit folgende 3 Personen in den Vorstand des Vereins:

1. Dr. Stephanie Moser

2. Marianne Rader

3. Sabine Fister

AZ 940
Finanzen

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

341 22 **Feststadl Unterföhring; Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung**

Der Erste Bürgermeister erläutert kurz den Sachverhalt und führt aus, dass sich der Gemeinderat in seiner öffentlichen Sitzung vom 14.07.2022 über diesen Tagesordnungspunkt intensiv beraten hat und dieser Top abgesetzt wurde. Die Fraktionen der PWU und CSU teilten mit, dass sie Änderungsvorschläge erarbeiten und dem Gemeinderat zur Behandlung vorlegen werden.

Mit Email vom 30.08.2022, die dem Gremium zugestellt wurde, teilte Frau Rader, stellvertretende CSU Fraktionssprecherin in Abstimmung mit der PWU-Fraktion, u.a. die Änderungsvorschläge, wie Folgt mit:

Benutzungsordnung (Fassung vom 13.07.2022)

- § 2; 2.:
„Vereine müssen reservieren bis zum 30.03. eines jeden Jahres für das folgende Jahr“
-> in der Praxis nicht umsetzbar. Zudem fehlt der Wunsch des Gremiums, dass Privatpersonen vor Firmenveranstaltungen berücksichtigt werden.

Der Text müsste lauten: „Unterföhringer Vereine müssen reservieren bis zum 30.10. eines jeden Jahres für das folgende Jahr“.
Folgender Zusatz müsste eingearbeitet werden: „Unterföhringer Privatpersonen können eine Buchungsanfrage von 01.11. bis zum 30.11. eines jeden Jahres für das folgende Jahr stellen“.
Der nachfolgende Text: „Im Nachgang.....“ kann übernommen werden.
- § 14; 1.:
„Verkehrssicherungspflicht“ -> bitte nochmals Rücksprache mit unserem Juristen halten. Schneeräumen, Streuen etc. der gemieteten Außenflächen kann nicht Aufgabe des Mieters sein. U. W. liegt die Verkehrssicherungspflicht immer beim Vermieter/Eigentümer.

Entgeltordnung (Fassung vom 13.07.2022)

- § 2:
„Mietzeit von 11 Uhr bis 11 Uhr des Folgetages (= ein Miet-Tag). Abweichungen hiervon sind in Abstimmung mit der Verwaltung möglich.“
- § 3:

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Tarif II: wie von allen Fraktionen gewünscht 10 % der Firmenmiete (ortsansässige) = Euro 300,--

- § 4:
Pauschale – 10 % des Mietpreises (um den Verwaltungsaufwand möglichst gering zu halten)
- § 7:
*Storno -> Angabe „mindestens“ muss gestrichen werden.
Die vorgeschlagene Regelung ist unklar. Alternativ kann auch die Formulierung „bis zu Tagen“ gewählt werden.*

Die Änderungswünsche und Hinweise wurden durch die Verwaltung am 30.08.2022 zur rechtlichen Würdigung an INTARIA AG weitergeleitet.

Mit E-Mail vom 6.9.2022 wurde seitens INTARIA AG (Frau Faul und Frau Plett) zu den o.g. Fragestellungen u.a. wie Folgt geantwortet:

Benutzungsordnung (Fassung vom 13.07.2022):

Hinsichtlich der Änderungen in 2.2 bestehen keine Einwände. Es sollte aber beibehalten werden „diese wird nach pflichtgemäßem Ermessen durch die Gemeinde festgelegt“;

Hinsichtlich der Anmerkung zu 14.1: Rechtlich kann hier beiden Parteien die Verkehrssicherungspflicht auferlegt werden. Wichtig ist aber, dass eine genaue Regelung enthalten ist, wer für welche Leistungen, Flächen etc. die Verkehrssicherungspflicht trägt.

Wenn vollumfänglich die Verkehrssicherungspflicht bei der Gemeinde liegen soll, was im Gemeinderat zu diskutieren ist, kann dies gerne in der Benutzungsordnung aufgenommen werden.

Wenn aber die Verkehrssicherungspflicht jedenfalls auch teilweise vom Mieter übernommen werden soll, muss in der Benutzungsordnung konkret aufgenommen werden, wer die Verkehrssicherungspflicht für was trägt.

Rechtlich ist hier alles möglich; es muss intern entschieden werden wer die Pflicht trägt; auch Sicht der Gemeinde wäre es am besten, wenn der Mieter den Großteil der Pflichten trägt.

Aber man kann auch gerne die Außenflächen der Gemeinde zuweisen.

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Dann könnte man wie folgt formulieren: „*Er hat die Verkehrssicherungspflicht mit Ausnahme für die Außenflächen für die die Gemeinde die Verkehrssicherungspflicht hat.*“

Entgeltordnung (Fassung vom 13.07.2022):

Hinsichtlich der Ergänzung zu § 2 bestehen keine Einwände, da dies ohnehin keine rechtliche Frage ist. Gleiches gilt für § 3.

Hinsichtlich § 4 ist etwas unklar, für was die Pauschale nunmehr gewünscht ist – für Hausmeister und Personal? Rechtlich gibt es hierfür keine Vorgaben. Wichtig ist lediglich aus steuerlicher Hinsicht, dass neben der Miete noch entsprechende Leistungsgrundpakete hinzugebucht werden.

Hinsichtlich der Regelungen in § 7 ist unseres Erachtens die Regelung klar. „Mindestens“ kann gestrichen werden. Alternativ kann natürlich auch eine andere Formulierung mit „bis zu ... Tagen“ gewählt werden. Hier bitten wir um Ihre Information, welche Tage hier gewünscht sind.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass der Großteil der Fragen sich eher auf wirtschaftliche Gesichtspunkte bzw. auf die tatsächliche Umsetzung beziehen, für die es rechtlich und steuerlich keine Vorgaben gibt.

Die Antwort der INTARIA vom 6.9.2022, wurde dem Gemeinderat zugestellt.

Der Entwurf der Benutzungsordnung Stand 13.07.2022 und Entgeltordnung, Stand 13.07.2022, wurde dem Gremium bereits zur Sitzung des Gemeinderates am 14.7.2022 zugestellt.

Der Vorsitzende bringt in Erinnerung, dass in der Vereinsvorstandesitzung am 26.9.2022, der Vereinssprecher Herr Ganser nachgefragt hatten, ob die Reinigung in der Servicepauschale enthalten sei. Gemäß § 3 der Entgeltordnung ist die „übliche“ Reinigung in der Grundmiete enthalten. Bei erhöhter Verschmutzung fallen Mehrkosten für Reinigung und Müllentsorgung an, die durch den Mieter zu tragen sind.

Aufgrund der Hinweise vom 10.10.2022 aus der Mitte des Gemeinderates, wurden Konkretisierungen (z.B. Buchungsmöglichkeiten für Firmen) in den Beschlussentwurf ergänzt.

Beschluss: 21 : 1

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Gemeinderat nimmt die Änderungsvorschläge vom 30.8.2022 der CSU-Fraktion in Abstimmung mit der PWU-Fraktion, sowie die Stellungnahme der INTARIA AG vom 6.9.2022 und die Hinweise des Gremiums vom 10.10.2022, zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage der nachfolgenden Punkte, die bisherige Benutzungsordnung Stand 13.07.2022 und Entgeltordnung Stand 13.07.2022, wie Folgt zu überarbeiten:

1. Benutzungsordnung:

§ 2 Ziffer 2 Satz 2 und 3 sind zu ändern in;

„Unterföhringer Vereine müssen bis zum 30.10. eines jeden Jahres für das folgende Kalenderjahr“, reservieren

Die Vergabe an „Unterföhringer Privatpersonen erfolgt in der Zeit vom 01.11. bis zum 30.11. eines jeden Jahres für das folgende Kalenderjahr (Buchungsanfragen können jederzeit gestellt werden); die Vergabe wird dann nach pflichtgemäßem Ermessung, durch die Verwaltung festgelegt.

Ab dem 1.12. eines jeden Jahres, sind freie Termine durch die Verwaltung (z.B. an Firmen etc.) für das folgende Kalenderjahr, nach pflichtgemäßem Ermessen, zu vergeben.

§ 14 Ziffer 1;

Der Mieter hat die Verkehrssicherungspflicht, mit Ausnahme für die Außenflächen für die die Gemeinde die Verkehrssicherungspflicht hat.

2. Entgeltordnung:

§ 2 Mietzeit Ziffer 1:

„Mietzeit von 11 Uhr bis 11 Uhr des Folgetages (= ein Miet-Tag). Abweichungen hiervon sind in Abstimmung mit der Verwaltung möglich.“

§ 3 Grundmiete Ziffer 2:

Tarif II 10 % der Firmenmiete (ortsansässige Vereine...) = Euro 300,--

§ 4 Zusatzkosten Ziffer 2 Satz 2

Für Hauspersonal und Hausmeister wird eine Servicepauschale von 10 % des Nutzungsentgeltes berechnet, soweit diese Leistungen hinzugebucht werden.

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

§ 7 Überlassung und Stornierung Ziffer 2.2 und 2.3
Angabe „mindestens“ wird gestrichen.

Die Benutzungs- und Entgeltordnung ist auf der Grundlage der
vorangegangenen Festlegungen anzupassen.

Die Benutzungs- und Entgeltordnung erhalten das Fassungsdatum 13.10.2022.

Die bisher vorliegenden beidseitig unterzeichneten Einmietungsverträge für
den Feststadl werden auch kostenmäßig nach der bisherigen Entgeltordnung
berechnet.

AZ 621
Bauamt

342

22

Änderungsbebauungsplan Nr. 71b/18, Wohnbebauung mit Kindertagesstätte nördlich der Aschheimer Straße; Satzungsbeschluss

Der Planentwurf zur Aufstellung des Änderungsbebauungsplans Nr. 71b/18,
Wohnbebauung mit Kindertagesstätte nördlich der Aschheimer Straße, in der
Fassung vom 27.04.2022, nach § 30 BauGB, lag in der Zeit vom 06.05.2022 bis
einschließlich 07.06.2022 im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß
§ 3 Abs. 2 BauGB aus. Die Träger öffentlicher Belange hatten vom 06.05.2022
bis einschließlich 07.06.2022 gemäß § 4 Abs. 2 BauGB die Möglichkeit eine
Stellungnahme abzugeben.

Im Verfahren nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB wurden keine Hinweise und
Anregungen vorgebracht, die eine weitere Auslegung erforderlich machen. Der
Änderungsbebauungsplans Nr. 71b/18, Wohnbebauung mit Kindertagesstätte
nördlich der Aschheimer Straße, kann somit als Satzung beschlossen werden.

Die Abwägungsbeschlüsse gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 und § 3 Abs. 2 und
§ 4 Abs. 2 BauGB des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom
28.10.2021, Nr. 157, und vom 27.09.2022, Nr. 239, sind hier als Anlage
beigefügt.

In diesen Beschlüssen sind die im Rahmen der Beteiligungsverfahren
vorgebrachten Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und Träger
öffentlicher Belange sowie der Gemeindeverwaltung wiedergegeben sowie
deren Behandlung durch den Ausschuss, d.h. die Ergebnisse der Prüfung des

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Ausschusses samt dessen Erwägungen, aus denen der Ausschuss den Stellungnahmen gefolgt bzw. nicht gefolgt ist, enthalten.

Weiter wurde die Planzeichnung, Stand 27.09.2022, dem Gremium zur Verfügung gestellt. Die gesamten Bebauungsplanunterlagen, Stand 27.09.2022, stehen dem Gremium unter folgendem Link zur Verfügung:

<https://www.kommsafe.de/#/public/shares-downloads/vh0A22xvd9DAblK6UNld4KcMv3qvD4Yy>

Beschluss: 22 : 0

Die im Planaufstellungsverfahren vorgebrachten Stellungnahmen sowie deren Behandlung durch den Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss gemäß Beschlüssen vom 28.10.2021, Nr. 157, und vom 27.09.2022, Nr. 239, werden vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen. Die vom Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss getroffenen Einzel- und Gesamtbeschlüsse werden vom Gemeinderat nach Prüfung und Gesamtabwägung aller abwägungsrelevanten Umstände inhaltlich vollumfänglich bestätigt. Der Gemeinderat macht sich die Erwägungen des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses ausdrücklich zu Eigen.

Der Entwurf des Änderungsbebauungsplans Nr. 71b/18, Wohnbebauung mit Kindertagesstätte nördlich der Aschheimer Straße, in der Fassung 27.09.2022 wird als Satzung beschlossen. Der Bebauungsplan erhält das Fassungsdatum 13.10.2022.

Das Verfahren gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ist durchzuführen.

AZ 6100
Bauamt

343

22

Bekanntgaben / Anfragen

AZ 024
Hauptamt

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

343

22

Bekanntgaben / Anfragen

BEK 10/2022 Öffnung Rathaus für Publikumsverkehr

Der Vorsitzende teilt mit, dass das Rathaus ab dem 02.11.2022 wieder für den Publikumsverkehr geöffnet wird.

Die Öffnungszeiten sind wie bisher auch Montag bis Freitag von 08:00 bis 12:00 Uhr sowie Montagnachmittag von 13:30 bis 17:30 Uhr.

Im Bereich des Einwohnermelde- und Passamts wird der Betrieb weiterhin nur auf Basis der gewohnten Terminvereinbarung stattfinden.

In den anderen Ämtern und Sachgebieten empfiehlt sich eine vorherige Terminvereinbarung.

AZ 0400
Hauptamt

343

22

Bekanntgaben / Anfragen

BEK 10/2022 Sanierung der Villa Moretti Tarcento - Sachstand

Bei einer Umweltkatastrophe im Jahr 2017, einem heftigen Sturm, war die Villa Moretti in der Partnergemeinde Tarcento massiv beschädigt worden. Das Haus ist ein Wahrzeichen von Tarcento und gehörte einst der Brauereifamilie Moretti (Birra Moretti).

Mit Gemeinderatsbeschluss vom 31.01.2018 beschloss der Gemeinderat, der Partnergemeinde, analog zum Vorgehen bei der Partnergemeinde Kamsdorf in Thüringen, einen Zuschuss in Höhe von 1 Million Euro als Zuschuss zu den Sanierungsarbeiten zur Verfügung zu stellen.

Im Jahr 2018 wurde die erste Tranche des Zuschusses für Vorplanungen von Tarcento abgerufen, in Höhe von 120.000 Euro.

Im Jahr 2022, nach Vorliegen der Ausführungsplanung, wurden weitere 664.000 Euro abgerufen und von der Finanzverwaltung nach Vorlage der notwendigen Planungsunterlagen an die Partnergemeinde überwiesen.

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Inzwischen wurden Bilder der aktuellen Schäden vorgelegt. Die Villa wurde heftiger getroffen als anfangs angenommen.
Sogar die Statik war betroffen.

AZ 0241
Referent des Bürgermeisters

343

22

Bekanntgaben / Anfragen

BEK 10/2022 Antrag der CSU-Fraktion

Der Vorsitzende bringt den Antrag der CSU Fraktion vom 30.09.2022, Eingang am 05.10.2022 mit folgenden einzelnen Inhalten zur Kenntnis:

Beauftragung der Energieagentur Ebersberg zur Erarbeitung eines
Umsetzungsprogramms++ im Rahmen des Programmes
29++Klima.Energie.Initiative
Teilnahme unserer Verwaltung (Energiemanagement) an der
Klimakonferenz des Landkreises München

Der Antrag wird in einer der nächsten Sitzungen dem Gremium zur Beratung vorgelegt.

AZ 86
Bauamt

343

22

Bekanntgaben / Anfragen

BEK 10/2022 Anträge der Bündnis 90/die Grünen Fraktion

Der Vorsitzende bringt zwei Anträge der Bündnis 90 die Grünen Fraktion vom 05.10.2022 und 10.10.2022, Eingang am 10.10.2022 mit folgenden einzelnen Inhalten zur Kenntnis:

- Teilnahme am „Wattbewerb“,
- Ergänzungsantrag zu TOP 6 ff. öff.

Die Anträge werden in einer der nächsten Sitzungen dem Gremium zur Beratung vorgelegt.

AZ 8
Bauamt

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

343

22

Bekanntgaben / Anfragen

Anfrage Herr Weingärtner - Öffnung Toilette Kirchenfriedhof

Herr Weingärtner fragt an wie der aktuelle Stand bezüglich der Öffnung der Toilette am Kirchenfriedhof ist.

Der Vorsitzende sowie Herr Zehetmair Johann erläutern kurz den aktuellen Stand, dass hierzu die Kirchenverwaltung intern Abstimmungen findet und möglichst zeitnah eine Öffnung fokussiert.

AZ 0241
Hauptamt

343

22

Bekanntgaben / Anfragen

Anfrage Frau Dr. Moser - Aktueller Stand E-Ladestationen

Frau Dr. Moser fragt nach dem aktuellen Stand der öffentlichen E-Ladestationen im Gemeindegebiet Unterföhring.

Herr Kapfenberger (Bauamtsleitung) teilt dem Gremium mit, dass mit dem östlichen Gemeindeteil insbesondere des Gewerbegebiets begonnen wurde und derzeit ein Konzept für den westlichen Teil insbesondere der Wohnbebauung erarbeitet wird. Dieses Konzept soll im Januar / Februar 2023 dem Gemeinderat vorgestellt werden.

AZ 0241
Bauamt

343

22

Bekanntgaben / Anfragen

Anfrage Herr Guist - Reinigung Toiletten Parkfriedhof

Herr Guist fragt an wer denn die Toiletten im Parkfriedhof reinigt und ob dieses Personal nicht auch die Toiletten am Kirchenfriedhof reinigen kann.

Herr Kapfenberger (Bauamtsleitung) teil dem Gremium mit, dass die Toiletten des Parkfriedhofs von der Firma Gebäudereinigung Genc gereinigt werden. Eine Erweiterung des Leistungsumfangs zur Reinigung der Toiletten am Kirchenfriedhof durch den Dienstleister muss bei Bedarf geklärt werden.

AZ 0241
Bauamt

34. Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

343

22

Bekanntgaben / Anfragen

Anfrage Frau Rader - Richtlinien Erbaurecht

Frau Rader fragt an, bis wann der Entwurf der Richtlinien für den Erwerb von Grundstücken nach dem Erbbaurecht dem Gremium zur Entscheidung vorgelegt werden.

Herr Kapfenberger (Bauamtsleitung) teilt dem Gremium mit, dass der Entwurf ca. Mitte November in der Gemeinde eingehen sollte. Entsprechend können die Richtlinien dann in der Dezembersitzung dem Gemeinderat vorgelegt werden.

AZ 0241
Bauamt

Bis zum Ende der öffentlichen Sitzung sind keine Einwände gegen die Beschlussfassungen aufgrund Probleme bei der Zuschaltung mittels Ton- und Bildübertragung vorgebracht worden.

Nachdem keine weiteren Anfragen gestellt werden bedankt sich der Vorsitzende bei den Gemeinderatsmitgliedern für die konstruktive Sitzung sowie bei den Zuhörern und der Pressevertreter*innen für ihren Besuch und schließt die Sitzung um 21:08 Uhr.

Andreas Kemmelmeier
Erster Bürgermeister

Felix Kinzinger
Schriftführer